

**AFLA – Arbeitskräftemobilität
und Fachkräftebedarf nach der
Liberalisierung des österreichischen
Arbeitsmarktes**

**Regionale und gesamtwirtschaftliche
Entwicklung in den Nachbarländern
Österreichs 2000-2010**

Peter Huber

Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Grabmayer,
Andrea Hartmann

AFLA – Arbeitskräftemobilität und Fachkräftebedarf nach der Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes

Regionale und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Nachbarländern Österreichs 2000-2010

Peter Huber

April 2011

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Projektleitung: Klaus Nowotny

Begutachtung: Stefan Ederer • Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann

Inhalt

Die Einkommensunterschiede zwischen Österreich und Tschechien, der Slowakei sowie Ungarn verringerten sich im Zeitraum 2000 bis 2008 deutlich. Dazu trug vor allem das rasche Wirtschaftswachstum der in der Slowakei bei, während die Entwicklung in Ungarn schwächer verlief. Der Aufholprozess wurde Mitte 2008 durch die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise unterbrochen, von der diese neuen EU-Länder stärker betroffen waren als Österreich. Dennoch waren 2009 die Unterschiede im Entwicklungsniveau zwischen diesen Ländern und Österreich (mit Ausnahme Ungarns) geringer als zum Zeitpunkt der EU-Erweiterung, und die EU-Prognose geht davon aus, dass sich der Konvergenzprozess – wenn auch etwas langsamer als vor der Finanzmarktkrise – fortsetzen wird. Die Konvergenz auf Länderebene wurde aber von weiter steigenden regionalen Unterschieden innerhalb der Länder begleitet. Außerdem sind die Einkommensunterschiede, besonders aber die Lohnunterschiede zu Wechselkursen zwischen den Grenzregionen der Nachbarländer und den österreichischen Grenzregionen außerhalb Bratislavas immer noch hoch. Die NUTS-2-Regionen der neuen EU-Länder sind – mit Ausnahme der Hauptstädte – auch zumeist nur wenig tertiärisierte Industrieregionen. Dadurch unterscheiden sie sich deutlich von Österreich, wobei die Strukturunterschiede in den letzten Jahren sogar noch zunahmen.

Rückfragen: Peter.Huber@wifo.ac.at, grabm@wifo.ac.at, harti@wifo.ac.at

2011/081-1/S/WIFO-Projektnummer: 6009

© 2011 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 30,00 € • Kostenloser Download: <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/41565>

Kurzzusammenfassung

Die wirtschaftliche Entwicklung der untersuchten Länder Tschechien, der Slowakei sowie Ungarn in den Jahren 2000 bis 2008 war durch einen erheblichen Aufholprozess gegenüber Österreich geprägt. Dieser führte dazu, dass sich die Einkommensunterschiede zwischen Österreich und den neuen Mitgliedstaaten deutlich verringerten, wobei vor allem das rasche Wachstum der slowakischen Wirtschaft zu diesem Prozess beitrug, während sich Ungarn deutlich schwächer entwickelte. Dieser Aufholprozess wurde allerdings Mitte 2008 durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise unterbrochen. Die insgesamt schon vor der Krise durch ein immer noch niedrigeres Wohlstandsniveau und eine höhere Arbeitslosigkeit geprägten neuen Mitgliedstaaten der EU waren dabei von dieser Krise stärker betroffen als Österreich.

Am Ende der Periode (2009) waren allerdings die Unterschiede im Entwicklungsniveau und auch in der Arbeitslosigkeit zwischen diesen Ländern und Österreich immer noch geringer als zum Zeitpunkt der Erweiterung (2004). Das einzige Land, in dem sich in diesem Zeitraum die Arbeitsmarktsituation relativ zu Österreich eher verschlechtert als verbessert hat, war Ungarn. Überdies gehen die vorliegenden Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder durchgängig davon aus, dass sich der Konvergenzprozess der neuen Mitgliedstaaten nach der Krise – wenn auch etwas langsamer als davor – weiter fortsetzen wird. Die Lohn- und Einkommensunterschiede in der gesamten Region sind damit seit dem Jahr 2000 deutlich gesunken, wobei sich der Abstand der Regionen der neuen Mitgliedsländer zu den österreichischen Bundesländern meistens um rund 10 Prozentpunkte oder mehr verringerte, und einzelne Regionen (wie etwa Prag) bereits ein höheres BIP zu Kaufkraftparitäten aufweisen als Wien.

Eine regionale Betrachtung zeigt aber auch, dass der Konvergenzprozess von weiter steigenden regionalen Unterschieden innerhalb dieser Länder begleitet wurde. Insgesamt waren dabei in der Regionalentwicklung in den neuen Mitgliedstaaten im letzten Jahrzehnt in erster Linie die Hauptstadtregionen bevorzugt. In zweiter Linie waren davon aber auch die Grenzregionen bevorzugt, da in der gesamten Region ein deutliches West-Ost-Gefälle besteht, wobei allerdings nicht alle unmittelbaren Grenzregionen der neuen Mitgliedstaaten über den gesamten Zeitraum bevorzugt waren. Insbesondere in Westtransdanubien war die Entwicklung bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise durch ein langsames Wachstum und steigende Arbeitslosigkeit geprägt. Außerdem verbleiben trotz des Konvergenzprozesses regionale Unterschiede. So lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten vor der Krise in den meisten unmittelbaren Grenzregionen der neuen Mitgliedsländer zwischen 75,4% (Westtransdanubien) und 81,3% (Westslowakei) des burgenländischen Niveaus.

Während somit auf gesamtwirtschaftlicher Ebene – bei aller Heterogenität der Entwicklung einzelner Regionen – im letzten Jahrzehnt von einer Angleichung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesprochen werden kann, gilt dies strukturell kaum. Insgesamt sind die Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer – mit Ausnahme der Hauptstädte – durchwegs als

nur wenig tertiärisierte Industrieregionen zu bezeichnen, die in den letzten Jahren auch eine zunehmende Industrialisierung erfuhren. Dadurch unterscheiden sich diese Regionen in ihrer Struktur deutlich von jenen Österreichs, wobei diese strukturellen Unterschiede in den letzten Jahren sogar noch zunahmten, was auf eine zunehmende Spezialisierung der Regionen innerhalb der Teilräume der hier analysierten Länder hindeutet.

AFLA – Arbeitskräftemobilität und Fachkräftebedarf nach der Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes

Regionale und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Nachbarländern Österreichs 2000-2010

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Übersichten	V
Verzeichnis der Abbildungen	VI
1. Einleitung	1
2. Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs und seiner Nachbarländer 2004 – 2009	3
2.1 <i>BIP-Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit</i>	3
2.2 <i>Arbeitsmarktlage</i>	9
2.3 <i>Prognosen für 2011 und 2012</i>	15
2.4 <i>Zusammenfassung</i>	16
3. Regionale Entwicklung Österreichs und seiner Nachbarländer 2004 – 2009	18
3.1 <i>Regionales Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit</i>	18
3.2 <i>Produktivität und Löhne</i>	26
3.2.1 <i>Produktivität</i>	26
3.2.2 <i>Löhne</i>	28
3.3 <i>Prognosen</i>	30
3.4 <i>Zusammenfassung</i>	32
4. Regionale Struktur und Strukturwandel	34
4.1 <i>Strukturwandel und sektorale Entwicklung</i>	34
4.1.1 <i>Sektorstruktur</i>	34
4.1.2 <i>Humankapital</i>	38
4.1.3 <i>Forschung und Entwicklung</i>	41
4.2 <i>Struktur der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit</i>	42
4.2 <i>Zusammenfassung</i>	45

5. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	47
5.1 <i>Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Region</i>	47
5.2 <i>Wirtschaftspolitische Herausforderungen</i>	49
Literaturhinweise	52
Anhang: CENTROPE Nuts 2-Regionen	53

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 2.1: Wohlstand in Zentraleuropa	5
Übersicht 2.2: Exporte von Waren und Dienstleistungen 2004-2012	6
Übersicht 2.3: Produktivität der CENTROPE-Länder	6
Übersicht 2.4: Defizit des Staatshaushaltes in % des BIP	8
Übersicht 2.5: Bruttoanlageinvestitionen	8
Übersicht 2.6: Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsquoten in den CENTROPE-Ländern	9
Übersicht 2.7: Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten nach Bildung in den CENTROPE- Ländern 2008 und 2009	13
Übersicht 2.8: Beschäftigungsverluste nach Branchen	14
Übersicht 3.1: Entwicklung der Produktivität je Erwerbstätigen in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE	27
Übersicht 3.2: Entwicklung des Lohnniveaus in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE	29
Übersicht 3.3: Entwicklung und Prognose des GDP in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE	31
Übersicht 4.1: Sektoranteile an der Bruttowertschöpfung in den Regionen der CENTROPE-Länder 2000, 2004 und 2007	35
Übersicht 4.2: Sektoranteile an der Beschäftigung in den Regionen der CENTROPE-Länder 2000, 2004 und 2007	36
Übersicht 4.3: Kennzahlen zur Beschäftigtenstruktur in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder 2009	43

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 2.1:	Reales BIP-Wachstum in den CENTROPE-Ländern und EU-Prognosen 2010-2012	3
Abbildung 2.2:	Entwicklung der neuen EU-Mitgliedstaaten Zentraleuropas	4
Abbildung 2.3:	Beschäftigungsquoten nach EU-Definition in den CENTROPE-Ländern 2000-2009	10
Abbildung 2.4:	Arbeitslosenquoten nach EU-Definition in den CENTROPE-Ländern 2000 bis 2009	11
Abbildung 3.1:	BIP pro Kopf in der CENTROPE 2007	19
Abbildung 3.2:	Arbeitslosenquoten nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder 2009	20
Abbildung 3.3:	BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten der Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder	21
Abbildung 3.4:	Arbeitslosenquoten der Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder	22
Abbildung 3.5:	Variationskoeffizienten des BIP und der Arbeitslosenquote über Nuts 2-Regionen für ausgewählte Jahre	24
Abbildung 4.1:	Entwicklung der Sektoranteile 2000 bis 2008	37
Abbildung 4.2:	Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE	39
Abbildung 4.3:	Entwicklung der Bildungsanteile der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren 2000 bis 2009	40
Abbildung 4.4:	Indikatoren zur Technologieorientierung der Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder 2007	42
Abbildung 4.5:	Struktur der Arbeitslosigkeit nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE 2009	44

1. Einleitung

Als im Jahr 2004 die Nachbarländer Österreichs der Europäischen Union beitraten wurde zum einen erwartet, dass dieser Beitritt wichtige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung sowohl Österreichs als auch der angrenzenden neuen Mitgliedstaaten haben würde¹⁾. Zum anderen wurde aber auch erwartet, dass es durch diese Erweiterung zu erheblichen Migrationsbewegungen kommen würde. Insbesondere die Befürchtungen hinsichtlich der möglichen negativen Verteilungswirkungen der Migration führten dabei zur Einführung von Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die zunächst (bis 2006) von annähernd allen EU-Mitgliedstaaten angewandt, zuletzt aber (ab 2009) nur mehr von Österreich und Deutschland aufrecht erhalten wurden.

Mit dem 1. Mai 2011 werden diese Übergangsfristen auch in Österreich und Deutschland auslaufen. Damit erhalten die StaatsbürgerInnen der neuen Mitgliedstaaten nunmehr unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt und auch die immer noch bestehenden Einschränkungen der Dienstleistungsfreiheit werden auslaufen. Der vorliegende Bericht, der Teil des im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz durchgeführten Projektes "Arbeitskräftemobilität und Fachkräftebedarf nach der Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes (AFLA)" ist, stellt die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs und seiner Nachbarländer im letzten Jahrzehnt dar. Zentrales Anliegen ist festzustellen, wie sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche wesentlicher Bestimmungsfaktor der grenzüberschreitenden Wanderung sind, in diesem Zeitraum insbesondere aber seit dem EU-Beitritt änderten. Anhand dessen sollen Aussagen über die mögliche Entwicklung des Migrationspotentials in Österreichs Nachbarländern und auch mögliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt diskutiert werden.

Dies ist vor allem deswegen wichtig, weil die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise laut einiger Ergebnisse der Literatur (*Pöschl, 2010*) zu deutlichen Verschiebungen der regionalen Einkommensunterschiede innerhalb Europas führte. Während in Zeiten der Hochkonjunktur von einem Aufholprozess der ärmeren Länder Europas und damit sinkenden Migrationsanreizen ausgegangen werden konnte, ist dies für die Krisenjahre nicht notwendigerweise zu erwarten. Eine weitere Fragestellung dieses Berichts ist daher, inwiefern die Wirtschaftskrise zu einer Divergenz der Einkommens- und Arbeitsmarktsituation und damit steigenden Migrationsanreizen in den hier analysierten Regionen führte, und ob sich durch diese Krise die mittel- bis langfristigen Wachstumsperspektiven der hier analysierten Länder und Regionen veränderten. Unser Hauptaugenmerk gilt dabei – im Gegensatz zu anderen neueren Arbeiten (*Pöschl, 2010*), die sich mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der hier analysierten Länder auseinandersetzen – der regionalen Entwicklung Österreichs und seiner Nachbarländer (Slowakei, Tschechien und Ungarn). Dies erscheint besonders wichtig, weil Migration und

¹⁾ Siehe *Huber (2009)* für einen Überblick zu den erwarteten Auswirkungen der EU-Erweiterung und *Breuss (2006)* für eine Simulation ihrer tatsächlichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen.

noch stärker grenzüberschreitendes Pendeln vor allem regionale Phänomene sind, die vor allem von regionalen Unterschieden im Wohlstandsniveau getrieben werden. Ein Verständnis der möglichen Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften in diesen Ländern setzt dementsprechend ein Wissen über regionale Unterschiede auf kleinräumigerem Niveau voraus.

Diesem Anliegen entsprechend wird im nächsten Kapitel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der hier untersuchten so genannten CENTROPE-Länder dargestellt. In Kapitel 3 wird anschließend die regionale Entwicklung untersucht, während sich das vierte Kapitel mit verschiedenen Aspekten des Strukturwandels in den Nuts 2-Regionen dieser Länder befasst. Schlussendlich fasst Kapitel 5 die Ergebnisse zusammen und zieht einige wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen.

2. Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs und seiner Nachbarländer 2004 – 2009

2.1 BIP-Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

Insgesamt war die Entwicklung der hier analysierten Länder (Österreich, Slowakei, Tschechien, Ungarn) wie auch der Weltwirtschaft im Zeitraum seit der EU-Erweiterung durch zwei Phasen bestimmt. Einerseits waren die Jahre 2004 bis 2008 durch einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung geprägt, der Ende 2007 bzw. Anfang 2008 seinen Höhepunkt erreichte. Andererseits zeigten sich bereits Mitte 2008 erste Anzeichen einer durch die US-Immobilienkrise bedingten Verlangsamung des Wachstums, die sich Mitte 2008 aufgrund der Weltfinanzkrise zu einer der größten Rezessionen der Nachkriegsgeschichte entwickelte.

Abbildung 2.1: Reales BIP-Wachstum in den CENTROPE-Ländern und EU-Prognosen 2010-2012



Q: WIW, WIFO-Berechnungen. – Euro-Basis.

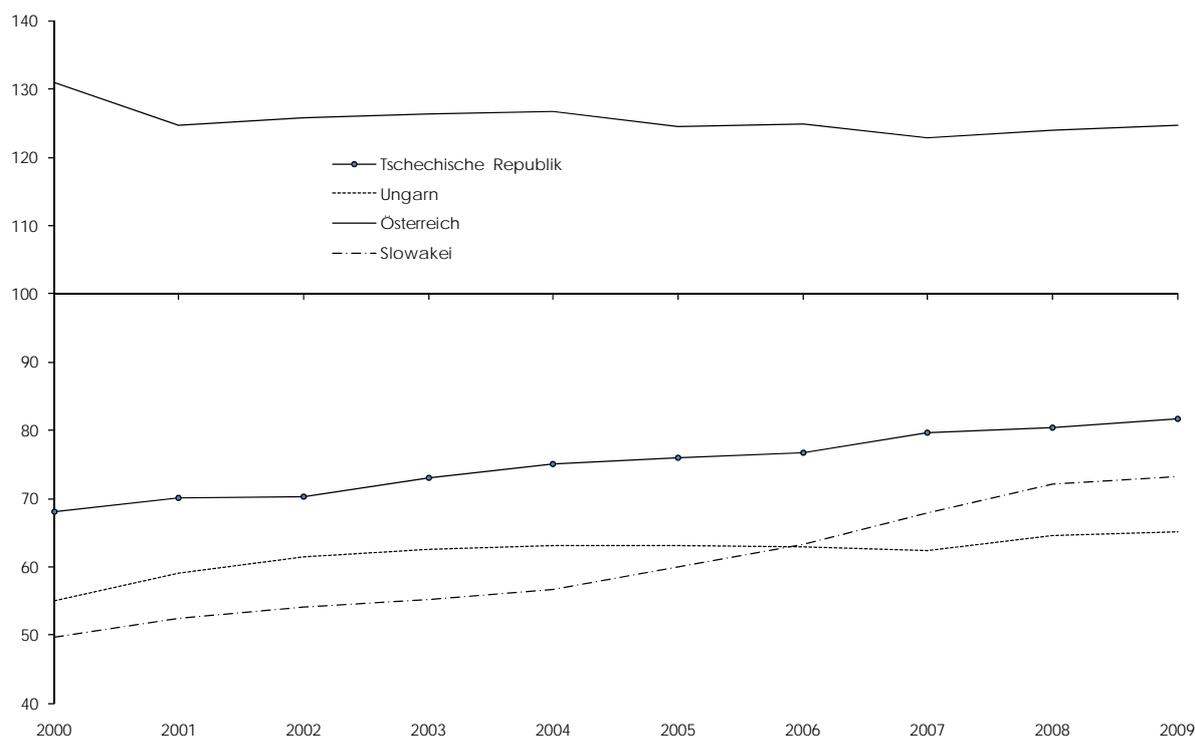
Dementsprechend war auch in den hier analysierten Ländern Zentraleuropas (Österreich, Slowakei, Tschechien und Ungarn) in den Jahren 2004 bis 2008 das Wirtschaftswachstum ausgesprochen hoch (Übersicht 2.1) und die Gesamtregion der sogenannten CENTROPE-Länder war, aufgrund des Wachstums in den neuen Mitgliedstaaten dieser Region, eine der am raschesten wachsenden Regionen Europas. Im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2007 lag das

Wachstum des gemeinsamen realen BIP der Länder dieser Region bei jährlich durchschnittlich 5,0% und damit um 2,3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU 27-Länder (in denen das BIP nur um jährlich durchschnittlich 2,7% wuchs), nachdem es bereits in den Jahren zwischen 2000 und 2003 um jährlich durchschnittlich 3,1% (oder um einen Prozentpunkt rascher als der EU-Durchschnitt) gewachsen war.

Getrieben wurde dieses rasche Wachstum vor allem vom rasanten Aufholprozess der neuen Mitgliedstaaten der Region, der sich gegenüber dem Zeitraum vor der Erweiterung noch beschleunigte²⁾ und auch zu einer erheblichen Reduktion der Einkommensunterschiede unter den hier betrachteten Ländern führte. Während die Unterschiede zwischen dem Land mit dem niedrigsten und mit dem höchsten BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) in dieser Region im Jahr 2004 noch bei 70% des EU-Durchschnitts (oder bei € 15.200) lag, sank dieser Unterschied bis ins Jahr 2008 auf 59,4% (oder rund € 14.900).

Abbildung 2.2: Entwicklung der neuen EU-Mitgliedstaaten Zentraleuropas

BIP je Einwohner zu KKP, EU 27=100



Q: Eurostat.

²⁾ Im Zeitraum vor der Erweiterung (2000-2003) lag der jährlich durchschnittliche Wachstumsunterschied zwischen den hier untersuchten neuen Mitgliedsländern und Österreich je nach Land zwischen 1,3 und 2,8 Prozentpunkten. Seit 2004 wuchs insbesondere die Slowakei um jährlich durchschnittlich 4,6 Prozentpunkte rascher als Österreich.

Die hier untersuchten Nachbarländer Österreichs waren daher zum überwiegenden Teil durch ein deutlich höheres Wachstum als Österreich geprägt. Insbesondere in der Slowakei und Tschechien wurden durchgängig in jedem Jahr seit der Erweiterung BIP-Wachstumsraten von über 5% erreicht. Nur in Ungarn waren aufgrund der zunehmenden Budgetprobleme des Landes und der damit verbundenen restriktiveren Finanzpolitik der öffentlichen Haushalte die Wachstumsraten bereits in den Jahren 2007 und 2008 geringer als in Österreich. Dies führte dazu, dass das BIP pro Kopf in der Slowakei seit dem Jahr 2007 höher ist als in Ungarn (Abbildung 2.2).

Aber auch in Österreich wuchs die Wirtschaft seit der Erweiterung stärker als der EU-Durchschnitt. Das reale BIP stieg im Zeitraum 2004 bis 2007 (mit jährlich durchschnittlich 3,1%) durchgängig rascher als im EU-Durchschnitt. Damit unterscheidet sich die Nach-Erweiterungsperiode von den drei Jahren vor der Erweiterung. Damals wies Österreich gegenüber dem EU-Durchschnitt einen Wachstumsrückstand (von jährlich durchschnittlich rund 0,5 Prozentpunkten) auf.

Übersicht 2.1: Wohlstand in Zentraleuropa

	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Kaufkraftparitäten)				zu laufenden Preisen	
	2009	2004	2008	2009	Durchschnittliche jährliche Veränderung in % 2000/2009	
	Absolut		EU 27=100			
Österreich	29.300	126,7	123,9	124,7	+ 1,8	+ 3,1
Tschechien	19.200	75,1	80,5	81,7	+ 4,4	+ 9,3
Ungarn	15.300	63,1	64,5	65,1	+ 4,3	+ 6,8
Slowakei	17.200	56,7	72,1	73,2	+ 6,8	+12,4
EU 15	26.000	112,9	110,4	110,6	+ 1,9	+ 2,5
EU 25	24.300	104,1	103,2	103,4	+ 2,2	+ 2,7
EU 27	23.500	100,0	100,0	100,0	+ 2,3	+ 2,8

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Die gemeinsame Hauptursache für das rasche Wachstum Österreichs und seiner Nachbarländer in den Jahren nach der Erweiterung lag aber weniger in den positiven Auswirkungen der EU-Erweiterung als vielmehr in der ausgezeichneten Weltwirtschaftslage, die dazu führte, dass die Exporte bis ins Jahr 2007 in allen hier betrachteten Ländern fast durchwegs mit zweistelligen Zuwachsraten zunahmen. Die Leistungsbilanz war zwar unter den hier betrachteten Ländern nur in Österreich (mit zwischen 2% (2004) und 3,5% (2007) des BIP) positiv, während alle anderen Länder ein zum Teil besorgniserregend hohes Leistungsbilanzdefizit aufwiesen³⁾. Dennoch führte dieses Exportwachstum zu steigenden Investitionstätigkeiten und höheren Masseneinkommen, die ihrerseits den Konsum belebten, sodass gegen Ende des Konjunkturaufschwungs sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei der Konsum den höchsten Beitrag

³⁾ Dieses lag am Ende der Hochkonjunktur in Tschechien bei -2,4 % des BIP, und in der Slowakei sowie in Ungarn sogar bei -5,3% bzw. -6,6%, und wurde durchgängig in allen Ländern durch eine, aufgrund der Gewinnrückführungen der ausländischen Direktinvestitionen, stark defizitäre Einkommensbilanz getrieben.

zum Wirtschaftswachstum leistete. In Österreich und auch in Ungarn (wo der Aufschwung allerdings bereits früher endete) leistete hingegen bis zuletzt der Außenhandel den größten Beitrag zum BIP-Wachstum.

Übersicht 2.2: Exporte von Waren und Dienstleistungen 2004-2012

Nominell, Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾
EU 27	+ 8,8	+ 8,3	+12,5	+ 7,5	+ 3,7	-16,4	+13,1	+7,8	+ 8,6
Österreich	+11,3	+ 9,3	+10,6	+10,5	+ 3,8	-17,3	+11,7	+ 7,9	+ 8,2
Tschechischen	+23,8	+16,8	+20,1	+17,3	+11,8	-16,8	+15,9	+ 6,0	+ 9,3
Ungarn	+14,7	+12,5	+18,6	+17,3	+ 6,7	-17,1	+14,4	+10,2	+13,1
Slowakei	+13,3	+15,8	+28,1	+26,6	+12,9	-17,2	+16,5	+ 9,3	+ 9,6
CENTROPE	+15,0	+12,4	+16,3	+15,4	+ 7,6	-17,1	+14,0	+ 8,0	+ 9,7

Q: Eurostat. – ¹⁾ EU-Prognose.

Insbesondere in den neuen Mitgliedsländern wurden die Hochkonjunktur und auch der davor liegende Konjunkturaufschwung dabei von einem deutlichen Produktivitätswachstum und auch hohen Auslandsinvestitionen begleitet. In den Jahren 2004 bis 2007 trug das Produktivitätswachstum in den hier analysierten neuen Mitgliedstaaten mehr als zwei Drittel zum gesamten BIP-Wachstum bei (*Rozmahel et al., 2011*) und die Zuwachsraten im BIP je Beschäftigten erreichten in diesen Jahren selbst in Ungarn bis zu 12,5%. Überdies lagen die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen in diesem Zeitraum in den neuen Mitgliedstaaten bei über oder annähernd 4% des BIP. Damit unterschieden sich diese Länder in ihrer Entwicklung deutlich von jener Österreichs, in dem zwar die Produktivität ebenfalls deutlich anstieg, aber nur ca. die Hälfte zum gesamten BIP-Wachstum beitrug und wo die ausländischen Direktinvestitionen – mit Ausnahme des Jahres 2008, als Umstrukturierungen im österreichischen Bankenwesen die Investitionssumme ausländischer Investoren in Österreich stark nach oben trieben – zumeist um oder unter 2% des BIP lagen.⁴⁾

Mitte 2008 machten sich aber in den meisten CENTROPE-Ländern – bedingt durch die US-Immobilienkrise – erste Anzeichen einer deutlichen Wachstumsverlangsamung bemerkbar, sodass sich die Wachstumsraten des realen BIP bereits 2008 verlangsamten. Die ungarische Wirtschaft wuchs im Jahr 2008 nur mehr um 0,6% (nachdem sie im Jahr davor noch um 1% wuchs). In Tschechien halbierte sich die Wachstumsrate auf 2,5% und Österreich wuchs 2008 nur mehr um 2,2%. Nur in der Slowakei blieb das Wachstum mit +6,2% hoch, obwohl auch hier eine Verlangsamung um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr verzeichnet wurde.

⁴⁾ Für die österreichische Entwicklung bedeutsamer war dabei die hohe Investitionstätigkeit österreichischer Unternehmen im Ausland, die dazu führte, dass Österreich ein Nettokapitalexportland ist.

Übersicht 2.3: Produktivität der CENTROPE-Länder

BIP zu laufenden Preisen je Erwerbstätige, in Euro

	2004	2005	2006	2007	2008
Österreich	58.400	60.423	62.816	65.373	66.560
Tschechien	17.865	20.072	22.345	24.375	27.963
Ungarn	19.861	21.313	21.475	24.165	25.846
Slowakei	36.867	41.822	47.705	57.056	65.297
CENTROPE	31.238	33.395	35.329	38.233	41.097
EU 27	49.421	51.057	53.069	55.235	55.143

Q: Eurostat.

Nach dem "sudden stop" der Weltwirtschaft in Folge der Finanzkrise Ende 2008 bzw. Anfang 2009 wuchs sich diese Krise zur heftigsten Rezession der Nachkriegsgeschichte aus. Die Auswirkungen auf die Wirtschaften der CENTROPE-Region waren dabei durchaus dramatisch. Bereits im IV. Quartal 2008 und noch stärker im I. Quartal 2009 kam es in den meisten Ländern der CENTROPE – so wie in der Weltwirtschaft – zu einem deutlichen Rückgang des Außenhandels, wobei die Rückgänge bei den nominellen Exporten im I. Quartal 2009 in Ungarn ein Maximum von –30,5% gegenüber dem Vorjahr erreichten und in keinem der CENTROPE-Länder unter 20% lagen. Ähnlich sank die reale Industrieproduktion im I. Quartal 2009 um durchwegs mehr als 20% und erreichte in der Slowakei ein Minus von 29,6%. Überdies fiel das reale Bruttoinlandsprodukt bereits im IV. Quartal 2008 in Ungarn um –2,3%, während es in den anderen CENTROPE-Ländern deutlich langsamer wuchs als noch 2007 (Huber, 2009).

Dies führte dazu, dass die Wirtschaften aller hier betrachteten Länder im Jahr 2009 deutlich schrumpften, wobei allerdings nur für Österreich von der stärksten Rezession der Nachkriegsgeschichte gesprochen werden kann, da die neuen Mitgliedstaaten im Zuge ihres Übergangs von Plan- zu Marktwirtschaften (der so genannten Transformationskrise) Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts ähnlich starke und auch länger anhaltende Rückgänge in der Wertschöpfung erfuhren. Dennoch schrumpften die neuen Mitgliedstaaten unter den CENTROPE-Ländern stärker als Österreich und – mit Ausnahme Tschechiens – auch rascher als der EU 27-Durchschnitt. Insbesondere in Ungarn, welches aufgrund seiner hoher Auslandsverschuldung Gefahr lief, zahlungsunfähig zu werden, was nur durch ein "stand-by-agreement" mit dem Internationalen Währungsfonds verhindert werden konnte, kam es in der Rezession zu einem starken Rückgang (der Rückgang des realen BIP lag hier bei –6,3%). In der Slowakei war dieser Rückgang mit –4,6% ebenfalls noch höher als im EU 27-Durchschnitt, während Tschechien (–4,1%) und Österreich (–3,9%) etwas geringere Rückgänge verzeichneten als die EU 27 insgesamt.

Neben dem Einbruch beim Wertschöpfungswachstum führte die Krise auch zu deutlich steigenden Budgetdefiziten und sinkenden Investitionen in der Region. Während sich die Budgetdefizite in Österreich, der Slowakei und Tschechien in den Jahren 2004 bis 2007 verringerten und auch im Jahr 2008 – trotz eines leichten Anstiegs in allen Ländern – durchwegs unter der 3%-Defizitgrenze der Maastricht-Kriterien lagen, kam es in diesen Ländern 2009 zu einer

deutlichen Ausweitung des Budgetdefizits, welches in Österreich mit 3,4% des BIP am niedrigsten lag und in der Slowakei sogar 6,8% des BIP betrug.

Übersicht 2.4: Defizit des Staatshaushaltes in % des BIP

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾
Österreich	- 4,4	- 1,7	- 1,5	- 0,4	- 0,4	- 3,4	- 4,6	- 3,8
Tschechien	- 3,0	- 3,6	- 2,6	- 0,7	- 2,7	- 5,9	- 5,6	- 5,7
Ungarn	- 6,4	- 7,9	- 9,3	- 5,0	- 3,8	- 4,0	- 4,0	- 4,0
Slowakei	- 2,4	- 2,8	- 3,5	- 1,9	- 2,3	- 6,8	- 7,0	- 6,5
EU 27	- 2,9	- 2,5	- 1,4	- 0,8	- 2,3	- 6,8		

Q: Eurostat. – ¹⁾ EU-Prognose.

Einen Ausnahmefall stellt hier nur Ungarn dar. Hier führte eine laxe Fiskalpolitik in den Jahren vor der Krise dazu, dass das Budgetdefizit im Jahr 2006 bereits 9,3% des BIP betrug, sodass sich die ungarische Regierung während der Krise gezwungen sah eine restriktive Politik zu fahren. Nachdem bereits in den beiden Jahren vor der Krise deutliche Konsolidierungserfolge erzielt werden konnten, stieg daher (aufgrund der fiskalpolitischen Restriktionen) das Budgetdefizit im Jahr 2009 nur unwesentlich (von 3,8% des BIP auf 4,0%).⁵⁾

Übersicht 2.5: Bruttoanlageinvestitionen

Nominell, Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾
Österreich	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 7,0	+ 7,1	- 7,1	- 0,7	+ 4,0	+ 4,0
Tschechien	+ 5,6	+ 9,2	+12,8	+14,1	+10,4	-13,0	+ 3,4	+ 5,1	+ 5,9
Ungarn	+12,5	+ 9,9	- 4,0	+ 9,7	+ 5,8	-14,8	+ 2,7	+ 6,5	+ 8,7
Slowakei	+11,8	+25,2	+15,5	+21,6	+11,3	-18,7	+ 3,2	+ 7,6	+ 9,7
EU 27	+ 5,7	+ 6,3	+ 9,3	+ 8,9	- 0,2	-14,6	+ 0,5	+ 4,4	+ 5,9

Q: Eurostat. – ¹⁾ EU-Prognose.

Ähnlich kam es im Jahr 2009 in allen Ländern auch zu einem deutlichen Rückgang der Investitionstätigkeit. In allen hier betrachteten Ländern waren die Investitionen die am raschesten schrumpfende Komponente des BIP (Übersicht 2.5). Dies machte sich auch bei den ausländischen Direktinvestitionen bemerkbar. Sie reduzierten sich in den neuen Mitgliedsländern 2009 auf ungefähr 1% des BIP und in Ungarn kam es sogar zu einer leichten De-Investition ausländischer Unternehmen in der Höhe von 0,06% des BIP⁶⁾.

Als einzige "positive" Nebenwirkung der Krise kann somit gelten, dass diese – aufgrund der sinkenden Importe – zu einer deutlichen Reduktion der Leistungsbilanzdefizite der neuen Mitgliedstaaten beitrug. In den Jahren vor der Krise hatten die hier betrachteten Nachbarländer

⁵⁾ Hier sollte allerdings angemerkt werden, dass die neuen Mitgliedsländer der EU trotz zuletzt hoher Budgetdefizite immer noch sehr geringe Staatsschuldenquoten aufweisen. In Tschechien und der Slowakei liegt diese bei jeweils rund 30% des BIP. Nur in Ungarn lag die Staatsschuldenquote zuletzt (mit 78%) auf einem ähnlichen Niveau wie in Österreich.

⁶⁾ Allerdings sind die Direktinvestitionsbestände sicherlich auch durch Bewertungsunterschiede gesunken, sodass es sich hierbei oftmals auch um reine Buchverluste handeln dürfte.

Österreichs durchwegs sehr hohe Leistungsbilanzdefizite, die zum Beispiel in Ungarn und der Slowakei in den Jahren 2005 bis 2008 durchwegs zwischen 5% und 8% des BIP lagen. Die krisenbedingt sinkende Importnachfrage im Jahr 2009 führte hingegen dazu, dass sich das ungarische Leistungsbilanzdefizit (welches 2008 noch 7% des BIP betrug) in einen leichten Leistungsbilanzüberschuss (von 0,3% des BIP) verwandelte und die Slowakei ihr Leistungsbilanzdefizit auf 3% des BIP verringern konnte. Nur in Tschechien stieg das Leistungsbilanzdefizit nach einem deutlichen Rückgang 2008 wieder leicht (auf 1% des BIP) an, während sich in Österreich die im letzten Jahrzehnt traditionell bestehenden Leistungsbilanzüberschüsse deutlich (auf 2,9% des BIP) verringerten.

2.2 Arbeitsmarktlage

Die insgesamt ausgezeichnete wirtschaftliche Entwicklung der Region im Zeitraum vom EU-Beitritt bis ca. Mitte 2008 hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsmarktlage. Sie war in den Jahren nach der EU-Erweiterung durch deutliche Rückgänge in der Arbeitslosigkeit und steigende Beschäftigungsquoten geprägt (Übersicht 2.6). So halbierte sich die Arbeitslosenquote sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei annähernd. In der Slowakei, die im Jahr 2004 noch eine Arbeitslosenquote von 18,1% aufwies, sank sie bis ins Jahr 2008 auf 9,5%. In Tschechien ging sie von 8,3% auf 4,4% zurück. Aber auch in Österreich sank die Arbeitslosenquote, von einem deutlich niedrigeren Niveau ausgehend, von 4,9% auf 3,8%. Ähnliche Fortschritte wurden auch bei der Beschäftigungsquote (der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis 64 Jahren) erzielt: sie stieg im Zeitraum von 2004 bis 2008 in Österreich von 67,8% auf 72,1%, in Tschechien von 64,2% auf 66,6% und in der Slowakei von 57,0% auf 62,3%.

Übersicht 2.6: Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsquoten in den CENTROPE-Ländern

In %

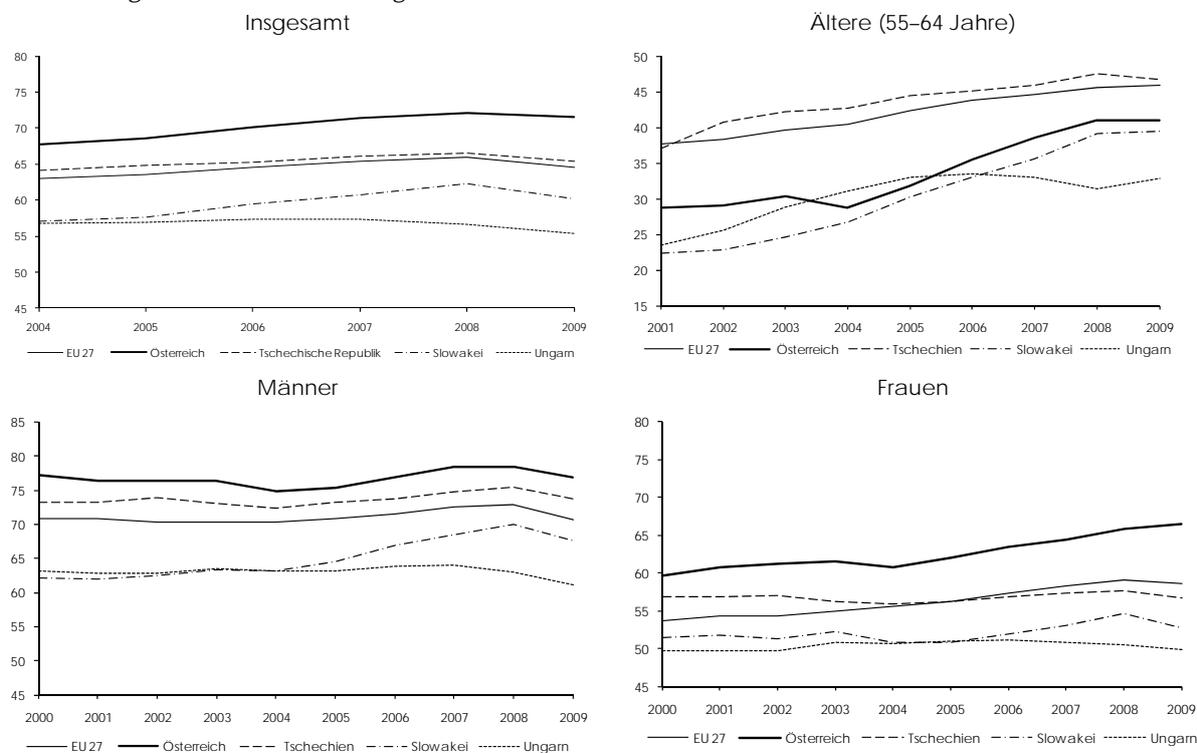
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾
	Arbeitslosenquote ²⁾								
Österreich	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	4,6	4,4	4,5
Tschechien	8,3	7,9	7,2	5,3	4,4	6,7	7,4	8,0	7,5
Ungarn	6,1	7,2	7,5	7,4	7,8	10,0	11,2	10,5	9,3
Slowakei	18,1	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	14,5	13,0	12,0
EU 27	9,2	8,9	8,2	7,2	7,0	8,9	9,6	.	.
	Beschäftigungsquote 15-64 Jahre ²⁾								
Österreich	67,8	68,6	70,2	71,4	72,1	71,6			
Tschechien	64,2	64,8	65,3	66,1	66,6	65,4			
Ungarn	56,8	56,9	57,3	57,3	56,7	55,4			
Slowakei	57,0	57,7	59,4	60,7	62,3	60,2			
EU 27	62,6	68,6	69,6	65,3	65,8	64,6			

Q: Eurostat, WIFO. – 1) EU-Prognose. 2) Nach EU-Methode.

Einzig in Ungarn kam es aufgrund der sich verschlechternden gesamtwirtschaftlichen Lage und der anhaltenden Restrukturierung der Industrie, die auch zu deutlichen Produktivitätsgewinnen führte (siehe oben), selbst während der Hochkonjunktur zu einer steigenden Arbeitslosigkeit, die 2008 um 1,7 Prozentpunkte über dem Niveau des Jahres 2004 lag. Auch die in Ungarn historisch ohnehin geringe Beschäftigungsquote verbesserte sich nicht. Sie lag 2008 um 0,1 Prozentpunkte unter dem Niveau des Jahres 2004. Damit war Ungarn in diesem Jahr (hinter Malta) das Land mit der zweitniedrigsten Beschäftigungsquote unter allen EU 27-Ländern.

Abbildung 2.3: Beschäftigungsquoten nach EU-Definition in den CENTROPE-Ländern 2000-2009

Erwerbstätige in % der Bevölkerung, 15-64 Jahre



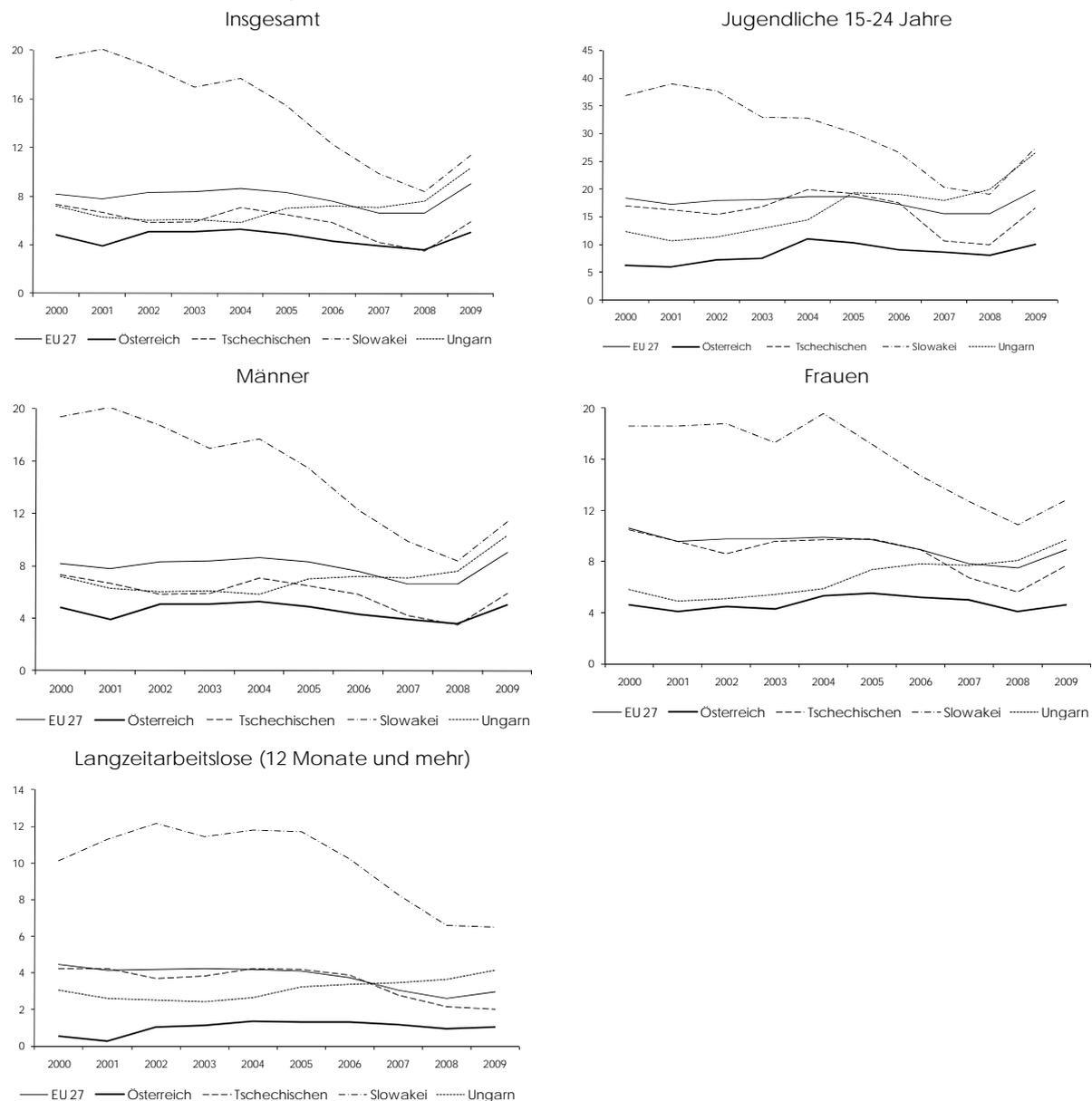
Q: Eurostat. – Anmerkungen: Zahlen für Österreich 2004 aufgrund geänderter Stichprobe des LFS nur bedingt vergleichbar. Die gemeldeten Zahlen basieren auf Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen der EU. Diese sind aufgrund von unterschiedlichen Definitionen der Begriffe "Arbeitslosigkeit" und "Erwerbstätigkeit" mit nationalen Zahlen nicht vergleichbar. Im Allgemeinen sind nach EU-ILO Statistiken die Arbeitslosenzahlen geringer und die Erwerbszahlen höher als in nationalen Statistiken.

Ähnliche Verbesserungen konnten auch bei der Struktur der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung verzeichnet werden. So stieg im Zeitraum 2004 bis 2008 in allen Ländern – mit der Ausnahme Ungarns – die Beschäftigungsquote aller in Abbildung 2.3 betrachteten Arbeitsmarktgruppen an, und die Arbeitslosenquoten sanken. Besondere Erfolge konnten dabei in allen

Ländern mit Ausnahme Ungarns bei der Steigerung der Erwerbsquote der Älteren (55- bis 64-Jährigen) und – in den neuen Mitgliedstaaten – bei der Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit gemacht werden. In der Slowakei sank darüber hinaus auch die am Anfang der Periode sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit deutlich.

Abbildung 2.4: Arbeitslosenquoten nach EU-Definition in den CENTROPE-Ländern 2000 bis 2009

Arbeitslose in % der Erwerbspersonen



Q: Eurostat. – Anmerkungen: Die gemeldeten Zahlen basieren auf Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen der EU. Diese sind aufgrund von unterschiedlichen Definitionen der Begriffe "Arbeitslosigkeit" und "Erwerbstätigkeit" mit nationalen Zahlen nicht vergleichbar. Im Allgemeinen sind nach EU-ILO Statistiken die Arbeitslosenzahlen geringer und die Erwerbszahlen höher als in nationalen Statistiken.

Die Beschäftigungsquote der Älteren stieg in Österreich und der Slowakei, von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend, im Zeitraum 2004 bis 2008 um 12,2 bzw. 12,4 Prozentpunkte, sodass sie 2008 um nur mehr um zwischen 4,6 (Österreich) und 6,4 (Slowakei) Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt lag, und in Tschechien, wo sie bereits 2004 in etwa dem EU-Durchschnitt entsprach, stieg sie um 4,9 Prozentpunkte und damit nur etwas schwächer als im EU-Durchschnitt (von 5,2 Prozentpunkten). Bei der Langzeitarbeitslosigkeit kam es, vor allem in der Slowakei, wo die Langzeitarbeitslosenquote 2004 noch bei 11,8% lag und damit deutlich höher war als in allen anderen CENTROPE-Ländern, zu einem deutlichen Rückgang bis 2008 (auf einen Anteil von 6,6%). In Tschechien sank die Langzeitarbeitslosenquote ebenfalls – von einem deutlich niedrigeren Niveau ausgehend – um 2,1 Prozentpunkte und in Österreich verharrte sie (mit einem Rückgang um 0,4 Prozentpunkte) annähernd auf dem historisch immer sehr niedrigen Niveau dieses Landes.

Einzigste Ausnahme war auch hier Ungarn. Hier stieg selbst in den Hochkonjunkturjahren bis 2006 neben der Gesamtarbeitslosigkeit auch die Arbeitslosenquote der Männer und der Frauen, ebenso wie die Langzeitarbeitslosenquote und auch die Jugendarbeitslosigkeit. Darüber hinaus kam es auch in allen Teilbereichen des Arbeitsmarktes zu keinem deutlichen Anstieg der Beschäftigungsquote.

Während somit die Arbeitsmarktentwicklung in der Hochkonjunktur gut verlief, bestanden auch weiterhin einige spezifische Probleme bei der Arbeitsmarktlage. So verblieb zum Beispiel die Beschäftigungsquote der Älteren (über 55-Jährigen), trotz des deutlichen Anstiegs in den Jahren 2004 bis 2008, in allen Ländern (außer Tschechien) unter dem Durchschnitt der EU 27. Am niedrigsten war diese (mit 31,4% im Jahr 2008) in Ungarn. Überdies war selbst gegen Ende der Hochkonjunktur in den neuen EU-Mitgliedstaaten die Langzeitarbeitslosigkeit immer noch hoch. Im Gegensatz zu Österreich, wo die Langzeitarbeitslosenquote deutlich unter dem EU 27-Durchschnitt liegt, war sie in Ungarn und vor allem in der Slowakei deutlich höher als im Durchschnitt der EU.

Daneben zeigten sich in den neuen Mitgliedsländern der EU selbst am Höhepunkt der Hochkonjunktur massive Probleme bei der Integration niedrig qualifizierter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsquote der höher qualifizierten Arbeitskräfte (im Alter zwischen 15 und 64 Jahren) lag in den neuen Mitgliedstaaten der EU (mit Ausnahme Ungarns) im Jahr 2008 mit rund 83% bis 84% nur unwesentlich unter jener Österreichs (von 86%) und auch im mittleren Qualifikationssegment betrug der Abstand zwischen der höheren Beschäftigungsquote in Österreich und jener der neuen Mitgliedstaaten nur im Fall Ungarns mehr als 10 Prozentpunkte. Die Beschäftigungsquote der niedrig qualifizierten Arbeitskräfte lag aber selbst im neuen Mitgliedsland mit der höchsten Beschäftigungsquote der niedrig Qualifizierten (Ungarn) um annähernd 23 Prozentpunkte unterhalb des österreichischen Wertes. In Tschechien war selbst im Hochkonjunkturjahr 2008 nur rund ein Viertel der niedrig qualifizierten Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 beschäftigt, während es in der Slowakei gar nur rund 16% waren (Übersicht 2.7).

Übersicht 2.7: Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten nach Bildung in den CENTROPE-Ländern 2008 und 2009

	Beschäftigungsquote			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	Veränderung 2008/2009 in Prozentpunkten	2008	2009	Veränderung 2008/2009 in Prozentpunkten
	In %			In %		
Pflichtschule						
Österreich	51,0	49,1	-1,9	8,1	10,1	+2,0
Tschechien	24,1	22,8	-1,3	19,4	24,4	+5,0
Ungarn	27,2	25,7	-1,5	18,9	23,4	+4,5
Slowakei	15,9	14,3	-1,6	39,6	41,7	+2,1
EU 27	48,1	46,2	-1,9	11,6	14,8	+3,2
Sekundäre Ausbildung						
Österreich	77,1	76,6	-0,5	3,3	4,2	+0,9
Tschechien	73,1	71,3	-1,8	3,7	6,2	+2,5
Ungarn	63,3	61,6	-1,7	7,2	9,4	+2,2
Slowakei	70,1	67,1	-3,0	8,1	11,5	+3,4
EU 27	70,6	69,1	-1,5	6,5	8,4	+1,9
Tertiäre Ausbildung						
Österreich	86,1	86,1	±0,0	1,8	2,3	+0,5
Tschechien	83,2	82,0	-1,2	1,7	2,5	+0,8
Ungarn	79,5	78,1	-1,4	2,8	4,0	+1,2
Slowakei	83,8	80,3	-3,5	3,6	4,3	+0,7
EU 27	83,9	82,9	-1,0	3,8	5,0	+1,2

Q: Eurostat.

Ähnliches gilt auch für die Arbeitslosigkeit nach höchster abgeschlossener Ausbildung. Die Arbeitslosenquote der niedrig qualifizierten (mit höchstens Pflichtschulabschluss) lag in den neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2008 durchwegs bei annähernd 19% und in der Slowakei sogar bei 39,6%, während sie in Österreich mit 8,1% deutlich geringer war. Insgesamt zeigt sich somit, dass die Länder der neuen Mitgliedstaaten auch in den Hochkonjunkturjahren ein erhebliches strukturelles Arbeitslosigkeitsproblem hatten, welches sich zum einen in einer hohen Langzeitarbeitslosigkeit zum anderen aber in einem deutlichen Auseinanderklaffen der Arbeitsmarktsituation nach Qualifikationsniveaus äußerte.

An diesem strukturellen Problem änderte auch die Krise nur wenig, allerdings verschlechterte sie Arbeitsmarktlage in allen Ländern: die Beschäftigungsquoten sank und die Arbeitslosigkeit stieg. Von dieser Entwicklung waren die hier untersuchten neuen Mitgliedstaaten stärker betroffen als Österreich. In den neuen Mitgliedstaaten unter den Nachbarländern Österreichs stieg die Arbeitslosenquote im Jahr 2009 um zwischen 2,2 Prozentpunkte (Ungarn) und 2,5 Prozentpunkte (Slowakei) und die Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen sank zwischen -1,2 Prozentpunkten (Tschechien) und -2,1 Prozentpunkten (Slowakei). In Österreich lag der

Anstieg bei der Arbeitslosenquote hingegen bei 1,0 Prozentpunkten und der Rückgang der Beschäftigungsquote lag bei 0,5 Prozentpunkten.

Übersicht 2.8: Beschäftigungsentwicklung nach Branchen

	2009 (In 1.000)				
	EU 27	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei
Insgesamt	181.687,9	3.532,2	4.107,0	3.309,9	1.995,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2.793,1	33,6	122,8	113,7	69,1
Bergbau, Steine und Erden	825,6	10,4	50,3	9,5	10,8
Herstellung von Waren	32.541,4	583,2	1.157,3	750,6	528,7
Energieversorgung	1.613,1	24,4	52,7	37,4	29,9
Wasserversorgung	1.523,3	19,5	51,3	44,9	32,3
Bauwirtschaft	12.807,6	322,4	302,9	232,8	142,4
Handel; Kfz	24.814,1	578,8	485,9	454,8	252,9
Verkehr und Lagerei	9.855,9	188,4	294,9	229,8	135,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7.533,5	213,9	151,5	133,7	89,9
Information und Kommunikation	5.267,0	92,1	101,5	75,3	44,8
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6.024,0	134,6	85,2	82,8	39,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.277,9	26,3	25,4	15,9	10,0
Freiberufliche, wissenschaftl. und techn. DL	7.304,5	154,8	112,9	91,7	45,3
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	7.200,2	124,0	98,5	104,5	50,9
Öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	15.597,3	276,8	318,4	290,3	178,3
Erziehung und Unterricht	15.075,2	244,3	283,3	308,1	157,1
Gesundheits- und Sozialwesen	19.970,4	358,3	298,7	232,9	134,3
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.609,4	46,9	63,7	50,0	24,1
Sonstige Dienstleistungen	3.735,5	81,8	46,2	48,4	16,6
Private Haushalte	2.346,3	9,4	2,8	2,7	
Exterritoriale Organisationen	189,8	8,1			
			Veränderung 2008/2009 in %		
Insgesamt	- 1,8	+ 0,1	- 2,1	- 2,8	- 4,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 2,7	+ 13,1	- 1,9	+ 1,2	- 12,1
Bergbau, Steine und Erden	- 6,5	+ 0,0	- 7,0	- 1,0	- 22,3
Herstellung von Waren	- 7,5	- 4,4	- 10,0	- 7,6	- 12,3
Energieversorgung	+ 6,4	+ 6,1	- 5,7	+ 17,2	+ 6,4
Wasserversorgung	+ 0,4	+ 3,7	+ 2,0	- 1,8	- 6,1
Bauwirtschaft	- 8,2	- 6,4	+ 2,5	- 5,8	- 9,6
Handel; Kfz	- 1,9	- 2,3	+ 3,1	- 4,9	+ 4,9
Verkehr und Lagerei	- 3,1	- 0,9	+ 0,4	- 0,9	- 4,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 2,1	+ 7,1	+ 6,3	- 4,4	- 4,4
Information und Kommunikation	- 1,6	+ 12,2	+ 6,8	- 7,5	+ 11,7
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	- 0,2	- 1,1	- 8,2	+ 2,0	- 10,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 0,1	- 4,0	+ 2,8	+ 3,2	- 3,8
Freiberufliche, wissenschaftl. und techn. DL	+ 2,0	- 0,1	+ 5,8	- 6,8	- 0,2
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	+ 2,3	+ 0,6	- 7,1	+ 11,1	- 2,7
Öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	- 0,1	- 0,2	+ 1,6	+ 5,6	+ 6,8
Erziehung und Unterricht	+ 2,0	+ 9,0	+ 4,3	+ 2,0	- 2,5
Gesundheits- und Sozialwesen	+ 2,7	+ 8,1	- 0,3	- 2,1	- 4,0
Kunst, Unterhaltung und Erholung	+ 0,7	- 8,9	+ 1,3	- 9,6	+ 26,8
Sonstige Dienstleistungen	- 2,8	- 1,4	- 3,8	- 7,8	- 15,3
Private Haushalte	- 0,7	- 14,5			
Exterritoriale Organisationen	+ 16,8	+ 12,5			

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Am stärksten unter den Arbeitsplatzverlusten litten dabei in allen Ländern – wie auch in der EU insgesamt – die Arbeitskräfte der Sachgüterproduktion. Vor allem in der Slowakei und in Tschechien trug der Rückgang der Beschäftigung in der Sachgüterproduktion rund 2,0 Prozentpunkte zum gesamten Rückgang der Beschäftigungsquote bei. Dies führte auch dazu, dass im Jahr 2009 die Beschäftigungsquote der Männer in allen hier analysierten Ländern stärker sank (und ihre Arbeitslosigkeit stärker stieg) als jene der Frauen⁷⁾, während die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Ausbildungssegmente etwas uneinheitlicher verliefen.⁸⁾ Überdies sank in den meisten Ländern auch die Beschäftigung im Bauwesen und im (Einzel- und Groß-)Handel. Hier ergaben sich allerdings einige Länderunterschiede.⁹⁾ Die öffentlichen Dienstleistungen erwiesen sich hingegen (als einziger Sektor) als stabilisierend, da sie ihre Beschäftigung in allen Ländern im Jahr 2009 noch ausweiteten.

Neben der männlichen Industriearbeiterschaft waren aber auch Jugendliche (15- bis 24-Jährige) von dem Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen. Während der Anstieg in der Jugendarbeitslosenquote in Österreich im Vergleich zu den anderen Ländern mit +2,0 Prozentpunkten noch eher moderat schien, stieg die Jugendarbeitslosigkeit in Ungarn und Tschechien um +6,6 beziehungsweise +6,7 Prozentpunkte, und in der Slowakei sogar um 8,3 Prozentpunkte. In den neuen Mitgliedstaaten der hier untersuchten Länder liegt die Jugendarbeitslosenquote somit mittlerweile bei über 15% (Österreich 10%) und in Ungarn und der Slowakei betrug sie im Jahresdurchschnitt 2009 sogar 26,5% beziehungsweise 27,3%.

2.3 Prognosen für 2011 und 2012

Die Wirtschaftskrise hat demnach im Jahr 2009 tiefe Spuren sowohl in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und des Wohlstandes der Region hinterlassen. Allerdings waren ihre Auswirkungen – zumindest nach gegenwärtigem Erkenntnisstand – zeitlich relativ begrenzt. In Österreich wuchs das BIP bereits ab dem III. Quartal 2009 wieder und nach den vorliegenden EU-Prognosen werden alle Länder der sogenannten CENTROPE-Region im Jahr 2010 wieder positive BIP Wachstumsraten erzielen, wobei nach diesen Prognosen im Wesentlichen die langfristigen Entwicklungstendenzen, die bereits vor der Wirtschaftskrise bestanden, fortgesetzt werden sollten. Auch nach der Krise werden demnach die Länder der neuen Mitgliedstaaten rascher wachsen als Österreich und die gesamte Region wird im Vergleich zur EU überdurchschnittliche Zuwachsraten aufweisen.

⁷⁾ So stieg die Arbeitslosenquote der Männer in Österreich um 0,9 Prozentpunkte rascher als jene der Frauen, in der Slowakei und Ungarn um 1,1 Prozentpunkte, und in Tschechien um 0,3 Prozentpunkte. Bei der Abnahme der Beschäftigungsquote betrug die Geschlechterunterschiede in Österreich 2,1 Prozentpunkte in Tschechien 0,7, in der Slowakei 0,6 und in Ungarn 1,2 Prozentpunkte.

⁸⁾ In Österreich waren die niedrigsten Bildungsstufen eindeutig am stärksten vom Anstieg in der Arbeitslosigkeit und der sinkenden Beschäftigungsquote betroffen, in der Slowakei waren es vor allem die mittleren Qualifikationssegmente, während in Ungarn und Tschechien die niedrig qualifizierten den höchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichneten aber die Beschäftigungsquote bei den mittleren Qualifikationsniveaus stärker sank als bei den niedrigen.

⁹⁾ Im Bauwesen kam es in Österreich, Ungarn und der Slowakei zu Beschäftigungsverlusten, während in Tschechien Beschäftigungsgewinne verzeichnet wurden. Im Handel wuchs die Beschäftigung neben Tschechien auch noch in der Slowakei.

Insgesamt sollte dabei im Jahr 2010 vor allem die Slowakei mit 4,1% besonders rasch wachsen, aber auch für Österreich wird eine Wachstumsrate erwartet, die mit +2,0% etwas über dem EU-Durchschnitt liegt. Für die Gesamtregion wird daher bereits für 2010 wieder ein höheres BIP-Wachstum vorhergesagt als für die EU 27 insgesamt. Einzig in Ungarn wird für das Jahr 2010 mit einem nur sehr moderaten Wachstum gerechnet. In den Jahren 2011 und 2012 können aber auch hier wieder deutlich überdurchschnittliche Wachstumsraten erwartet werden, sodass sich der Wachstumsvorsprung der Gesamtregion gegenüber dem EU-Durchschnitt in den Jahren 2011 und 2012 eher noch vergrößern sollte.

Ursache für diesen unerwartet raschen Aufschwung in Österreich und den neuen Mitgliedstaaten ist dabei vor allem die rasche Erholung des Welthandels und der deutschen Wirtschaft, die für die meisten dieser Länder den wichtigsten Exportmarkt darstellt. Dementsprechend betreffen die hinsichtlich der gegenwärtigen Prognosen bestehenden Unsicherheiten vor allem die Entwicklung des Welthandels und die Entwicklung im Euro-Raum. Insbesondere das hohe Staatsdefizit der Euro-Länder, die mit schwacher Wettbewerbsfähigkeit und den Nachwirkungen der Immobilienpreisblasen konfrontiert sind, und die Ungleichgewichte im Euro-Raum bedeuten hier weiterhin ein Risiko.

Überdies wird – trotz der insgesamt erfreulichen Prognosen – der moderate Aufschwung 2010 nicht reichen um die Arbeitslosigkeit in den neuen Mitgliedstaaten zu senken. Während die Arbeitslosigkeit in Österreich 2010 (nach Eurostat-Definition) um 0,2 Prozentpunkte (auf 4,6%) zurückging, war in den neuen Mitgliedsländern durchwegs ein weiterer Anstieg zu verzeichnen¹⁰⁾. 2010 lag die Arbeitslosenquote in der Slowakei um 2,5 Prozentpunkte (PP), in Ungarn um 1,2 PP und in Tschechien um 0,7 PP höher als im Jahr 2009. Hier ist erst in den Jahren 2011 und 2012 mit einem – dann allerdings deutlicheren – Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Insgesamt dürften sich damit die vor 2009 bestehenden Tendenzen einer Konvergenz des Bruttoinlandproduktes innerhalb der Region bereits 2010 wieder fortgesetzt haben. Eine weitere Konvergenz der Arbeitsmarktbedingungen ist aber erst für 2011 zu erwarten.

2.4 Zusammenfassung

Insgesamt war damit die wirtschaftliche Entwicklung der in diesem Bericht betrachteten Länder in den Jahren seit der EU-Erweiterung bis 2008 durch einen erheblichen Aufholprozess geprägt, der durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 unterbrochen wurde. Die im Jahr 2008 immer noch durch ein niedrigeres Wohlstandsniveau und eine höhere Arbeitslosigkeit geprägten neuen Mitgliedstaaten der EU waren dabei von dieser Krise stärker betroffen als Österreich. Am Ende der Periode waren allerdings die Unterschiede im Entwicklungsniveau und auch in der Arbeitslosigkeit zwischen diesen Ländern und Österreich deutlich geringer als zum Zeitpunkt der Erweiterung (2004). Das einzige Land, in dem sich in diesem Zeitraum die Arbeitsmarktsituation relativ zu Österreich eher verschlechtert als verbessert hat, war Ungarn.

¹⁰⁾ Nach nationaler Methode ist die Arbeitslosenquote 2010 ebenfalls um 0,3 Prozentpunkte gesunken.

Überdies gehen die vorliegenden Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder durchgängig davon aus, dass sich der Konvergenzprozess der neuen Mitgliedstaaten bei der Wertschöpfung ab dem Jahr 2010 und bei der Arbeitsmarktsituation ab dem Jahr 2011 – wenn auch schwächer als noch vor der Krise – fortsetzen wird – die Finanzkrise also nur eine relativ Unterbrechung des langfristigen Aufholprozesses der neuen Mitgliedstaaten war. Für Ungarn wird allerdings erst wieder im Jahr 2011 mit einem überdurchschnittlich hohen Wachstum gerechnet.

Allerdings hat die Finanzkrise in den neuen Mitgliedstaaten insbesondere am Arbeitsmarkt einige der bereits vor der Krise bestehenden wirtschaftlichen Schwächen wieder in den Vordergrund gerückt. Insbesondere die geringen Beschäftigungs- und hohen Arbeitslosenquoten der gering qualifizierten Arbeitskräfte, die hohe Langzeitarbeitslosenquote und auch die in einigen Ländern sehr hohen Jugendarbeitslosenquoten deuten hier auf den deutlichen Strukturwandel der Region hin, der dazu geführt hat, dass die Struktur der Arbeitskräftenachfrage und des -angebots in den neuen Mitgliedsländern deutlich auseinanderklaffen, und zu einer hohen Sockelarbeitslosigkeit beitragen.

Kurz- bis mittelfristig wird die wirtschaftspolitische Herausforderung in diesen Ländern daher vor allem darin bestehen, in Zeiten einer angespannten Finanzlage einer Verfestigung der gestiegenen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Langfristig wird hierzu noch die Frage der Nachhaltigkeit des Aufholprozesses treten. Hier stellt sich zum einen die Frage, ob die wirtschaftspolitischen Strategien dieser Länder, die in starkem Ausmaß auf ausländische Direktinvestitionen abzielten, im Angesicht steigender Löhne haltbar sind, oder ob ein Strategiewechsel zur Betonung der endogenen Entwicklungspotentiale der Region angestrebt werden muss. Daneben wird es auch von Bedeutung sein, ob die Mittel der Kohäsionspolitik, die diese Länder gegenwärtig in ihrem Aufholprozess unterstützen auch in Zukunft (nach dem Jahr 2013) zur Verfügung stehen werden. Aus migrationspolitischer Perspektive zeigen diese Ergebnisse aber auch, dass es während der Geltungsdauer der Übergangfristen zu einem Rückgang der regionalen Disparitäten zwischen den hier analysierten neuen Mitgliedsländern (Tschechien, Slowakei und Ungarn) und Österreich gekommen ist, was zu einer Reduktion der ökonomischen Anreize zur Migration beigetragen haben sollte.

3. Regionale Entwicklung Österreichs und seiner Nachbarländer 2004 – 2009

Ein Aspekt, der in der öffentlichen Debatte um die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Mitgliedstaaten in der Europäischen Union allerdings oftmals übersehen wird, sind die erheblichen regionalen Unterschiede in diesen Ländern (*Pastore - Ferragina, 2008*). Diese sind auch für die zu erwartende Migration EU nach Österreich nach dem Ende der Übergangsfristen von einiger Bedeutung. Ein Spezifikum des österreichisch-tschechisch-slowakisch-ungarischen Grenzraumes sind nämlich die hohen Einkommensunterschiede, die in diesem Raum auf nur kurzen Distanzen auftreten. Diese bieten die Möglichkeit, durch grenzüberschreitendes Pendeln erhebliche Einkommensgewinne zu erzielen. Da Pendeln allerdings besonders Distanzabhängig ist, sind für diese Form der grenzüberschreitenden Arbeitskräftebewegungen regionale Unterschiede innerhalb der unmittelbaren Grenzregion besonders bedeutsam.¹¹⁾

Dieses Kapitel setzt sich daher mit der regionalwirtschaftlichen Entwicklung der neuen Mitgliedstaaten in den Jahren seit der EU-Erweiterung im Vergleich zu Österreich auseinander. Dieses Vorhaben wird allerdings durch die Spezifika der Datenlage erschwert. Insbesondere reichen die offiziellen europäischen Daten zu Wertschöpfung und Wirtschaftswachstum auf regionaler (Nuts 2) Ebene¹²⁾ gegenwärtig nur bis ins Jahr 2007, während hinsichtlich der Arbeitsmarktentwicklung bereits Daten für das Jahr 2009 vorliegen. Dies macht es unmöglich, die regionalen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Wirtschaftswachstum anhand offizieller Daten nachzuvollziehen. Aus diesem Grund werden Prognosen von Cambridge Econometrics genutzt, um wenigstens erste Aussagen über diese Entwicklung zu liefern.

3.1 Regionales Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit

Betrachtet man dabei zunächst das Niveau des regionalen BIP zu Kaufkraftparitäten und die Arbeitslosenquote in den Nuts 2-Regionen Österreichs und seiner Nachbarländer, zeigen sich einige Besonderheiten (Abbildungen 2.1 und 2.2): Einerseits bestehen innerhalb der Region offensichtliche nationale Unterschiede. So lag das BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) im Jahr 2007 in allen österreichischen Bundesländern (mit Ausnahme des Burgenlandes) über dem EU-Durchschnitt von € 24.900, während es in allen Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer (mit Ausnahme der Hauptstadtregionen Prag, Bratislava und Mittelungarn) durchwegs unter dem EU-Durchschnitt lag. Andererseits wird diese nationale Trennung aber von einem – insbesondere in Ungarn und der Slowakei (aber auch in Österreich) ausgeprägten West-Ost

¹¹⁾ Frühere Untersuchungen zeigen hier, dass der überwiegende Teil der Tagespendelbewegung innerhalb einer Reisezeit von 90 Minuten stattfinden und auch für Wochenpendeln nur selten Reisezeiten von über 3 Stunden (in eine Richtung) in Kauf genommen werden (siehe hierzu auch Nowotny, 2011).

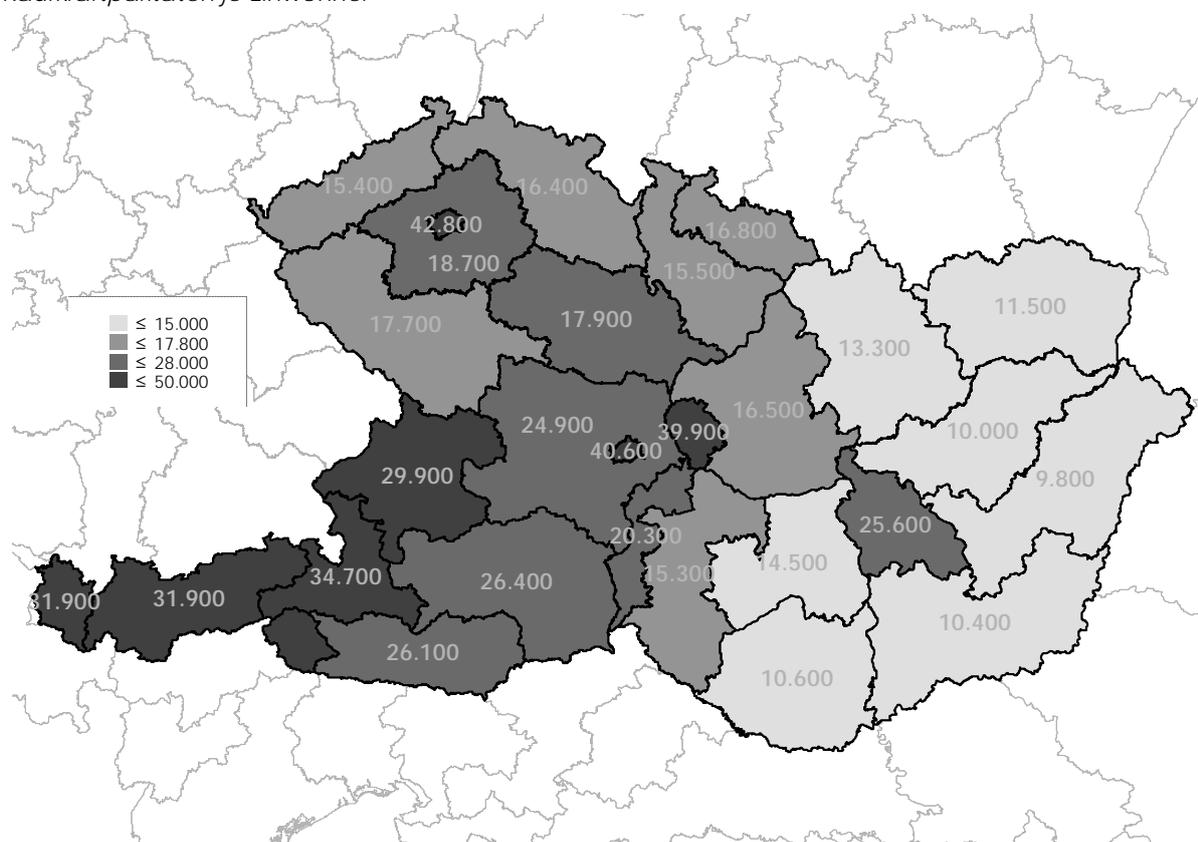
¹²⁾ Wir stellen im Folgenden auf die Nuts 2-Ebene ab, weil für diese die Datenlage deutlich besser ist als für die kleinräumigen Nuts 3-Regionen.

Gefälle und einem insbesondere in den neuen Mitgliedsländern stark ausgeprägten Vorteil der Hauptstädte gegenüber dem Rest des Landes überlagert.

Dies führt zum einen dazu, dass sich regionale Unterschiede im BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) nicht immer an die nationalen Grenzen halten, und mittlerweile Prag (mit einem BIP pro Kopf von € 42.800) als reichste tschechische Nuts 2-Region ein höheres BIP pro Kopf aufweist als Wien (€ 40.600) und das BIP pro Kopf in der Region Bratislava (€ 39.900) höher ist als in allen österreichischen Regionen mit Ausnahme Wiens. Auch die Region Mittelungarn (in der die ungarische Hauptstadt Budapest liegt) weist mit € 25.600 ein höheres BIP pro Kopf auf als etwa Niederösterreich (€ 24.900) und auch das Burgenland (€ 20.300).¹³⁾

Abbildung 3.1: BIP pro Kopf in der CENTROPE 2007

Kaufkraftparitäten je Einwohner



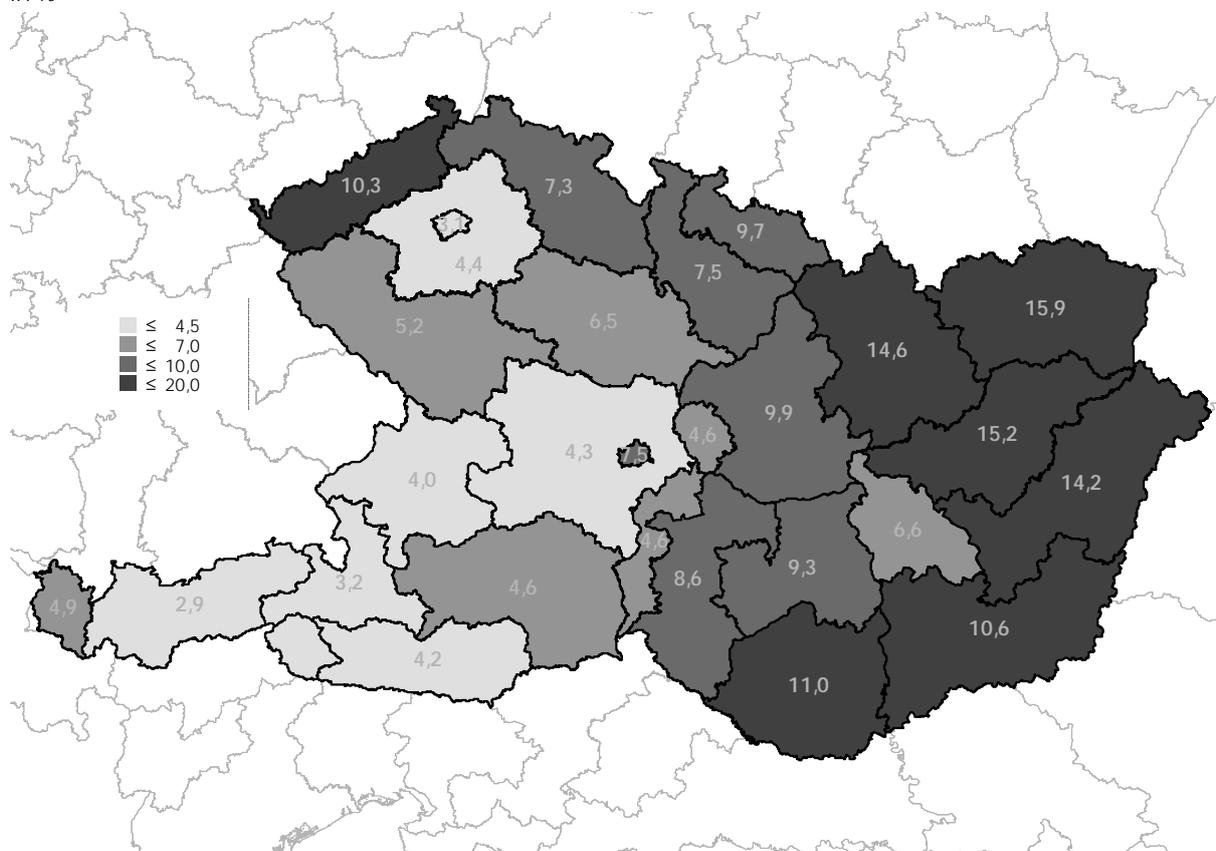
Q: Eurostat.

¹³⁾ Insgesamt sind dabei die Städte der Region durch ein besonders hohes Wohlstandsniveau geprägt. Prag war 2007 bereits die Nuts 2-Region mit dem fünfthöchsten BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, Wien lag hier an 12. Stelle und Bratislava an 13. Die sehr gute Position der Hauptstädte dieser Länder beruht allerdings auf immer noch erheblichen Preisunterschieden zwischen Österreich und seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarländern. Stellt man hingegen auf das BIP pro Kopf zu Wechselkursen ab liegt dieses, nach einem ebenfalls erheblichen Aufholprozess im letzten Jahrzehnt, in Prag bei rund 70% des Wiener Wertes. Wir stellen hier allerdings auf das kaufkraftbereinigte BIP ab, weil dieses ein genauerer Indikator für den Wohlstand einer Region ist.

Zum anderen aber bedeutet dies auch, dass die ärmsten Regionen der neuen Mitgliedstaaten zumeist weiter entfernt von der österreichischen Grenze liegen, wobei hier die weiter ostwärts liegenden ungarischen Regionen Südtransdanubien (mit einem BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten von € 10.600 im Jahr 2007), Nordungarn (€ 10.000), Nördliche Große Tiefebene (€ 9.800), Südliche Große Tiefebene (€ 10.400) aufgrund der schlechteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Ungarns in den letzten Jahren gegenüber den östlichen Regionen der Slowakei (Mittelslowakei € 13.300 und Ostslowakei € 11.500) benachteiligt waren.

Abbildung 3.2: Arbeitslosenquoten nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder 2009

In %



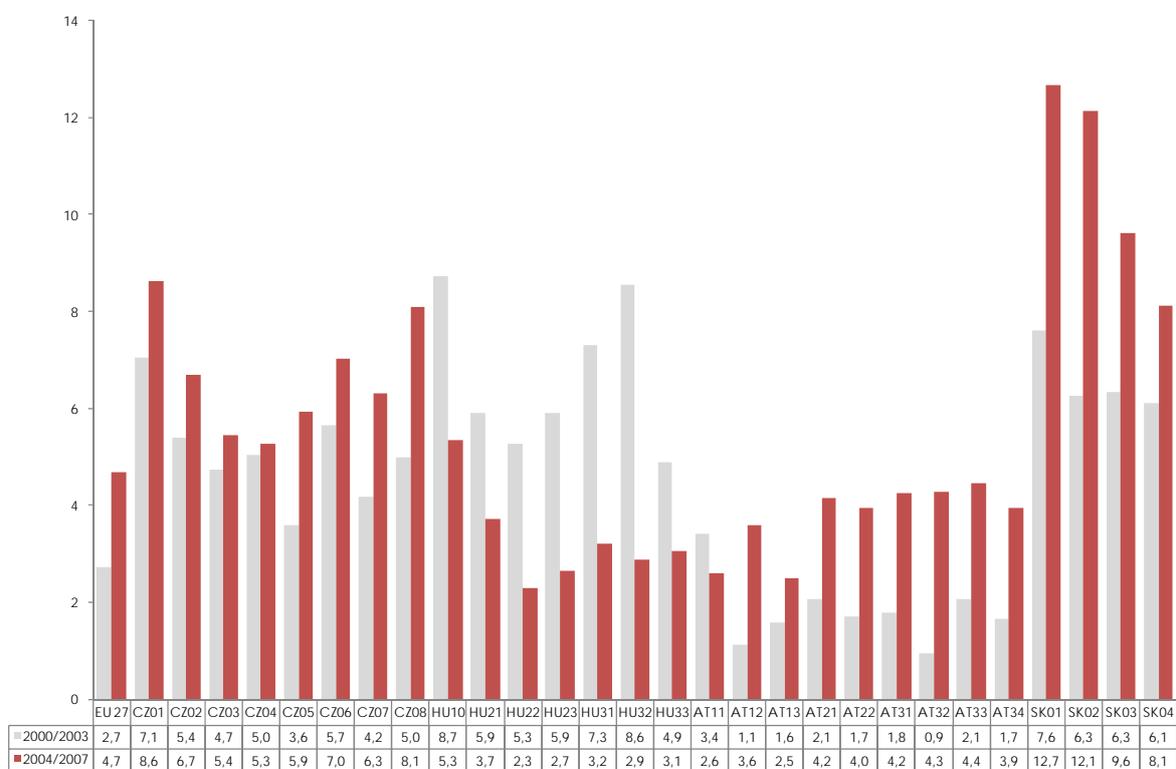
Q: Eurostat.

Ähnliches gilt auch für die Arbeitslosenquote. Auch hier zeigen sich (auch für das Krisenjahr 2009) erhebliche nationale Unterschiede. Diese führten dazu, dass annähernd alle österreichischen Bundesländer im Jahr 2009 eine geringere Arbeitslosenquote hatten als die Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer, und auch hier existiert einerseits ein deutliches West-Ostgefälle innerhalb der Länder, welches zu einer deutlichen Benachteiligung der östlichen Regionen der neuen Mitgliedsländer führt, und andererseits eine Bevorzugung der Hauptstadtregionen in den neuen Mitgliedstaaten, die dazu führt, dass diese Regionen durchwegs

die niedrigsten Arbeitslosenquoten in ihren Ländern aufweisen. Die einzige Abweichung von diesen stilisierten Fakten zeigt sich hier in einer höheren Arbeitslosenquote Wiens gegenüber den übrigen österreichischen Bundesländern, sodass sich hier die Bevorzugung der städtischen Regionen nur auf jene der neuen Mitgliedstaaten bezieht.

Auffallend an diesen regionalen Disparitäten ist, dass ihre Grundmuster im letzten Jahrzehnt (seit dem Jahr 2000 und auch davor) weitgehend unverändert blieben. Auch im Jahr 2000 gab es deutliche Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Region nach Ländern, ein deutliches West-Ost-Gefälle und (insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten der EU) eine erhebliche Bevorzugung der großen Städte in der Region (Palme - Huber, 2000).

Abbildung 3.3: BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten der Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %



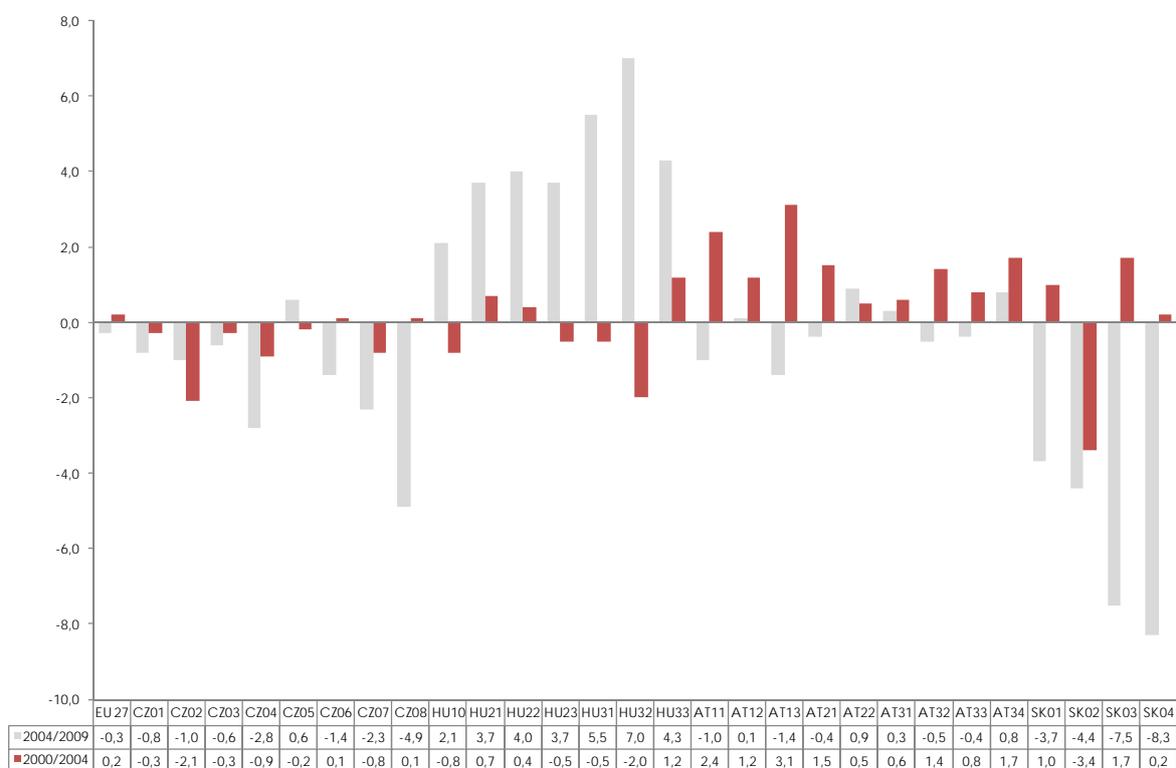
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Diese weitgehende Konstanz der Differenzierungslinien, entlang derer sich räumlich Entwicklungsunterschiede in der Region festmachen lassen, sollten allerdings nicht über die erhebliche Dynamik in der Region hinweg täuschen. Insgesamt waren die Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder im letzten Jahrzehnt durch fünf wesentliche Entwicklungen geprägt:

1. Kam es in den meisten Regionen zu einem deutlichen wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber dem Durchschnitt der EU 27, so wuchs das BIP pro Kopf im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 in annähernd allen Nuts 2-Regionen der am Anfang dieser Zeitperiode

auch durchwegs ärmeren neuen Mitgliedstaaten rascher als im Durchschnitt der EU 27, wobei in diesem Zeitraum vor allem die slowakischen und ungarischen Regionen mit sehr hohen Wachstumsraten aufwarten konnten, während die österreichischen Nuts 2-Regionen (mit Ausnahme des Burgenlandes) durchwegs langsamer wuchsen als der EU 27-Durchschnitt. Dadurch lag das BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten in der ärmsten Nuts 2-Region in diesen Ländern (Nordungarn) 2003 bereits bei 40,6% des EU-Durchschnitts nachdem es im Jahr 2000 noch bei 35,6% des EU-Durchschnitts gelegen war.

Abbildung 3.4: Arbeitslosenquoten der Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder
Veränderung in Prozentpunkten



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Dieser Aufholprozess setzte sich – mit Ausnahme Ungarns - auch in der Periode nach der Erweiterung fort. Er wurde aber durch die unterdurchschnittliche Entwicklung der ungarischen Wirtschaft insbesondere im Jahr 2007 deutlich abgeschwächt. Während die slowakischen und tschechischen Regionen in diesem Zeitraum weiterhin deutlich rascher wuchsen als der EU-Durchschnitt, was auch dazu führte, dass die gesamte Region überdurchschnittliche Wachstumsraten aufwies, war das BIP/Kopf Wachstum in Ungarn (in allen Nuts 2-Regionen mit Ausnahme der Hauptstadtregion Mittelungarn) schwächer als im EU 27-Durchschnitt. Dadurch verringerte sich das BIP/Kopf der ärmsten Nuts 2-Region die-

ser Länder (Nordungarn) relativ zum EU-Durchschnitt wieder auf 39,4% des EU-Durchschnitts.

Weniger einheitlich – obwohl immer noch vorhanden – war der Aufholprozess bei der Arbeitslosenquote (nach EU Definition). Im Zeitraum zwischen 2000 und 2004 war hier noch ein relativ einheitlicher Aufholprozess zu beobachten. Die tschechischen Nuts 2-Regionen verzeichneten durchwegs einen Rückgang bzw. einen schwächeren Anstieg der Arbeitslosigkeit als der europäische Durchschnitt, und die österreichischen Regionen durchwegs überdurchschnittliche Anstiege der Arbeitslosenquoten. Unter den slowakischen Regionen wies aber nur die Westslowakei sinkende Arbeitslosenquoten auf, während die meisten ungarischen Regionen (mit Ausnahme West-, Mitteltransdanubiens und der Südlichen Großen Tiefebene) noch mit rückläufigen Arbeitslosenquoten aufwarten konnten.

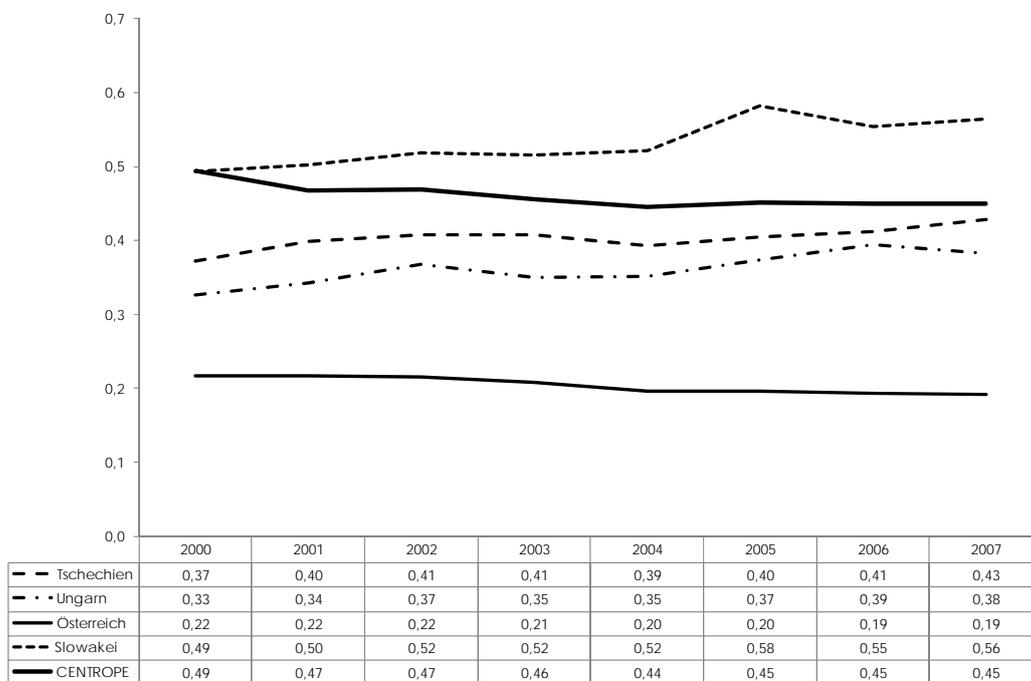
Im Zeitraum 2004 bis 2009 fielen aber vor allem die ungarischen Regionen zurück. Die Arbeitslosenquote sank zwar, trotz der Auswirkungen der Wirtschaftskrise, in den tschechischen Regionen mit Ausnahme des Nordostens (Severovýchod) zum Teil deutlich stärker als im EU 27-Durchschnitt und in den slowakischen Regionen wurden gegenüber dem Jahr 2004 trotz des Einflusses der Krise immer noch durchwegs Rückgänge von über 3,5 Prozentpunkten verzeichnet. In den Regionen dieser Länder lag daher – trotz des offensichtlichen Anstiegs der Arbeitslosenquote im Jahr 2009, – die Arbeitslosigkeit immer noch niedriger als zum Zeitpunkt des EU-Beitritts. In Ungarn stieg die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum aber deutlich stärker an als im EU-Durchschnitt, wobei hier insbesondere in den ostungarischen Regionen Zuwächse von über 5 Prozentpunkten bis zu 7 Prozentpunkten verzeichnet wurden. In diesen Regionen kam es daher seit der Erweiterung zu keiner Verbesserung der Arbeitsmarktlage gegenüber dem EU-Durchschnitt. In Österreich war hingegen die Arbeitslosenquote (nach EU-Definition) nur im Jahr 2009 mehr in Wien, dem Burgenland, Kärnten, Salzburg und Tirol niedriger als noch 2004, während sie in den übrigen Bundesländern angestiegen ist.

2. Kam es sowohl beim BIP pro Kopf als auch bei der Arbeitslosigkeit zu einem internen Konvergenzprozess zwischen den Ländern aber einer Divergenz der Regionen innerhalb der Länder. - So sank zwar der Variationskoeffizient (als eine Kennzahl für die Höhe der regionalen Unterschiede dieser Region)¹⁴⁾ des BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten über alle Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder im Zeitraum von 2000 bis 2007 von 49% des Mittelwertes auf 45%, was auf eine Reduktion der regionalen Unterschiede hindeutet. In allen hier betrachteten neuen Mitgliedstaaten stieg der Variationskoeffizient des BIP/Kopf jedoch an; nur in Österreich ging er leicht zurück.

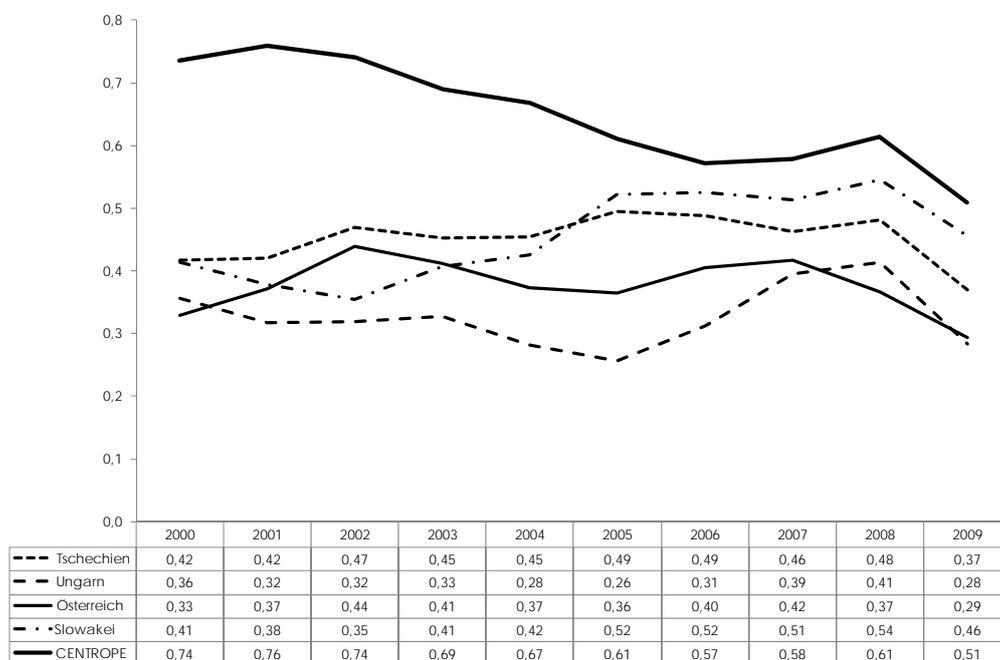
¹⁴⁾ Der Variationskoeffizient gilt im Allgemeinen als eine Kennzahl für das Ausmaß der regionalen Streuung einer Kennzahl. Er stellt die Varianz der Kennzahl in Bezug zu ihrem Mittelwert.

Abbildung 3.5: Variationskoeffizienten des BIP und der Arbeitslosenquote über Nuts 2-Regionen für ausgewählte Jahre

BIP (KKS je Einwohner)



Arbeitslosenquote



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Noch deutlicher konvergierte die Arbeitslosenquote zwischen den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder. Hier sank der Variationskoeffizient von 76% des Mittelwertes auf 51%. Allerdings divergierten auch hier die Regionen innerhalb der einzelnen Länder bis ins Jahr 2008 (zum Teil deutlich), und erst in der Krise 2009 zeigten sich – aufgrund der starken Auswirkungen der Wirtschaftskrise – Zeichen einer Konvergenz.

3. Führte der Konvergenz- und Aufholprozess zu einer sinkenden Bedeutung der Länderunterschiede und einer steigenden Bedeutung der Unterschiede zwischen städtischen Zentren und anderen Regionen. – Ursache für die durchwegs steigenden regionalen Disparitäten in den neuen Mitgliedstaaten war dabei die gute Entwicklung der Hauptstädte in den neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE-Länder. In allen neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE-Länder waren sowohl im Zeitraum 2000 bis 2004 als auch 2004 bis 2007 die Hauptstadtregionen die wachstumsstärksten Regionen. Dies führte dazu, dass sich in dem hier untersuchten Zeitraum die Wichtigkeit der eingangs beschriebenen Differenzierungslinien verschob. Während im Jahr 2000 nationale Bruchlinien bei der Bestimmung des Wohlstandes einer Region noch deutlich wichtiger waren als Unterschiede zwischen Hauptstädten und anderen Regionen, war es 2007 bereits umgekehrt. Am deutlichsten lässt sich dieser Wandel anhand der Region Bratislava illustrieren. Im Jahr 2000 lag das BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten in Bratislava noch um € 14.600 unter jenem Wiens. Gleichzeitig lag der Abstand zwischen der reichsten und der ärmsten Region der Slowakei bei €13.500. Im Jahr 2007 hatte sich das BIP pro Kopf von Bratislava bis auf € 700 an das Wiener BIP angenähert, der Abstand zur ärmsten slowakischen Region (Ostslowakei) hatte sich aber auf € 28.400 erhöht. Ähnliches gilt auch für Prag und Mittelungarn. Hier betrug der Abstand im BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten zu Wien im Jahr 2000 noch € 9.300 bzw. € 19.200 und diese Regionen übertrafen die ärmste Region ihrer jeweiligen Länder um € 15.800 bzw. € 9.300; im Jahr 2007 war das BIP/Kopf (zu Kaufkraftparitäten) in Prag bereits um € 2.200 höher als in Wien und jenes von Mittelungarn lag um € 15.000 unter dem Wiener Wert. Der Abstand zu den ärmsten Regionen in diesen Ländern hatte sich aber auf € 27.400 (Prag) und € 15.800 (Mittelungarn) erhöht.
4. Gab es in den unmittelbaren Grenzregionen eine recht uneinheitliche Entwicklung – Während das Wachstum in den unmittelbaren Grenzregionen der Slowakei (Bratislava, Westslowakei) und Tschechiens (Südosten und Südwesten) höher war als in den unmittelbar angrenzenden Regionen Österreichs, was auch hier zu einer Konvergenz der Grenzregionen bei BIP pro Kopf und Arbeitslosigkeit beitrug, war die Entwicklung in Westtransdanubien deutlich langsamer.
5. Kam es auch zu häufigen Platzwechseln in der Hierarchie der Regionen – Schlussendlich kam es im hier betrachteten Zeitraum aufgrund der raschen Entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten auch zu häufigen Platzwechseln zwischen Regionen in ihrer Rangordnung bezüglich des BIP pro Kopf und der Arbeitslosenquote. Dies betrifft insbesondere die tschechischen und slowakischen Regionen, die oftmals ihre Position innerhalb der CENTROPE verbesserten, während die ungarischen Regionen aufgrund der schlechteren

gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor allem in den Jahren 2004 bis 2007 ihren Rang einbüßten. Besonders spektakuläre Beispiele sind hier wieder die Hauptstadtregionen Bratislava und Prag, die zum Beispiel im Jahr 2009 die zweit- und achtniedrigste Arbeitslosenquote unter den 28 Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder einnahmen, nachdem sie im Jahr 2000 noch an 9. bzw. 17. Stelle lagen oder aber auch die Westslowakei, die 2007 das 17. höchste BIP pro Kopf unter diesen Regionen aufwies nachdem sie im Jahr 2000 noch den 22. Platz einnahm. Unter den Verlierern stechen hingegen vor allem die ungarische Grenzregion Westtransdanubien, die bei der Arbeitslosigkeit 6 und dem BIP/Kopf neun Plätze einbüßte und die ostungarische Region Südliche Große Tiefebene, die beim BIP/Kopf 11 Plätze verlor, hervor.

3.2 Produktivität und Löhne

3.2.1 Produktivität

Ähnliche Entwicklungen wie für die Wachstumsraten des BIP/Kopf und die Arbeitslosenquoten ergaben sich auch für die Produktivitätsentwicklung in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder.¹⁵⁾ Auch hier lassen sich über den Zeitraum seit dem Jahr 2000 Konvergenztendenzen in der Gesamtregion, aber (aufgrund der bevorzugten Stellung der Hauptstädte in den neuen Mitgliedstaaten) bestenfalls stagnierende regionale Disparitäten innerhalb der einzelnen neuen Mitgliedstaaten der Region feststellen. Der Variationskoeffizient des regionalen BIP pro Erwerbstätigen, welches hier als eine Kennzahl für die Produktivität genutzt wird, sank zwischen den Jahren 2000 und 2007 von 77% des Mittelwertes der CENTROPE-Region auf 55%. In Österreich stagnierte er, in Tschechien, Ungarn und der Slowakei wurde aber ein leichter Anstieg verzeichnet.

Darüber hinaus wuchs die Produktivität je Erwerbstätigen im gesamten Zeitraum in den Regionen der neuen Mitgliedsländer deutlich stärker als in Österreich. Im Zeitraum 2000 bis 2007 stieg die Produktivität in der Region mit dem geringsten Produktivitätswachstum unter den Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer der Region (Mitteltransdanubien) um 65,3%, während sie in der Region mit dem höchsten Produktivitätswachstum der neuen Mitgliedsländer (der Westslowakei) um 133% anstieg. In Österreich lag der Zuwachs im selben Zeitraum zwischen 26,3% in Vorarlberg und 20,6% in Oberösterreich.¹⁶⁾

¹⁵⁾ In diesem Abschnitt wird die Produktivität durch die Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen gemessen, obwohl die Messung anhand der Wertschöpfung pro geleisteter Arbeitsstunde vorzuziehen wäre. Der Grund für diese Vorgehensweise ist, dass Eurostat kaum Informationen zur Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nach Regionen anbietet. Dies hat den Nachteil, dass durch unsere Darstellungen die tatsächlichen Produktivitätsunterschiede zwischen Österreich und den neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE Länder unterschätzt werden, weil in Österreich die Teilzeitbeschäftigung einen wesentlich höheren Anteil an der Beschäftigung ausmacht als in den neuen Mitgliedstaaten (*Rozmahel et al.*, 2010).

¹⁶⁾ In einem europäischen Vergleich nimmt dabei Wien eine Spitzenposition im Produktivitätswachstum innerhalb der städtischen Regionen der EU 15 ein (*Mayerhofer et al.*, 2010).

Übersicht 3.1: Entwicklung der Produktivität je Erwerbstätigen in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE

	2000	2004	2005	2006	2007	Veränderung in %	
						2000/07	2004/07
			In €				
Prag	17.650	25.640	28.702	31.513	36.215	+ 105,2	+41,2
Zentralböhmen	12.702	17.892	20.167	22.845	24.259	+ 91,0	+35,6
Südwesten	11.377	16.371	18.181	20.567	21.648	+ 90,3	+32,2
Nordwesten	11.141	15.690	17.500	19.578	21.315	+ 91,3	+35,9
Nordosten	11.364	15.555	17.379	19.388	20.835	+ 83,3	+33,9
Südosten	11.433	16.592	18.638	20.939	22.479	+ 96,6	+35,5
Zentralmähren	11.026	15.406	17.282	18.939	20.225	+ 83,4	+31,3
Mährisch-Schlesien	11.157	17.051	19.398	21.585	23.301	+108,8	+36,7
Mittelungarn	17.980	26.605	29.087	30.274	33.608	+ 86,9	+26,3
Mitteltransdanubien	12.603	17.763	18.618	17.991	20.839	+ 65,3	+17,3
Westtransdanubien	13.259	19.039	19.564	19.964	21.942	+ 65,5	+15,2
Südtransdanubien	10.644	15.400	15.961	15.839	18.948	+ 78,0	+23,0
Nordungarn	10.423	16.287	17.863	17.243	19.379	+ 85,9	+19,0
Nördliche Große Tiefebene	10.315	15.201	16.167	15.905	17.921	+ 73,7	+17,9
Südliche Große Tiefebene	10.045	14.841	15.569	15.417	17.341	+ 72,6	+16,8
Burgenland	41.907	48.541	49.536	50.500	52.036	+ 24,2	+ 7,2
Niederösterreich	49.733	55.132	56.253	58.571	61.711	+ 24,1	+11,9
Wien	63.236	70.634	73.364	75.516	77.905	+ 23,2	+10,3
Kärnten	46.860	52.397	54.020	56.254	58.478	+ 24,8	+11,6
Steiermark	45.747	50.627	52.386	54.754	56.984	+ 24,6	+12,6
Oberösterreich	51.439	55.525	58.090	59.928	62.039	+ 20,6	+11,7
Salzburg	53.515	58.468	59.769	62.154	65.306	+ 22,0	+11,7
Tirol	51.355	57.243	59.908	62.083	64.210	+ 25,0	+12,2
Vorarlberg	55.964	62.832	65.070	68.111	70.694	+ 26,3	+12,5
Region Bratislava	14.979	22.444	25.791	28.933	34.899	+133,0	+55,5
Westslowakei	10.820	15.963	17.866	21.073	25.126	+132,2	+57,4
Mittelslowakei	9.331	14.871	15.426	17.674	21.114	+126,3	+42,0
Ostslowakei	9.486	14.375	16.225	17.416	21.473	+126,4	+49,4
Tschechien	0,18	0,19	0,19	0,19	0,22		
Ungarn	0,23	0,23	0,25	0,28	0,26		
Österreich	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12		
Slowakei	0,24	0,22	0,25	0,25	0,25		
CENTROPE-Region	0,77	0,64	0,61	0,59	0,55		

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Wie bei allen Indikatoren hat sich allerdings auch hier in Ungarn der Aufholprozess gegenüber dem noch immer höheren Produktivitätsniveau in Österreich in den letzten Jahren (zwischen 2004 und 2007) nicht mehr mit demselben Tempo fortgesetzt. Hier lag das Produktivitätswachstum in diesem Zeitraum zwischen 26,3% (Mittelungarn) und 15,2% (Westtransdanubien), während es in Österreich zwischen 12,6% (Steiermark) und 7,2% (Burgenland) lag. In den anderen Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer wuchs hingegen die Produktivität auch

in diesem Zeitraum weiterhin deutlich rascher als in den österreichischen Regionen (mit einem Zuwachs von zwischen 31,3% im tschechischen Zentralmähren, und 57,4% in der Westslowakei).

Trotz dieses Aufholprozesses bleiben allerdings auch hier Niveauunterschiede in der Produktivität zwischen den Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedstaaten und Österreich bestehen. Selbst in den Hauptstadtregionen der neuen Mitgliedstaaten, die in diesen Ländern durchwegs die höchste Produktivität aufwiesen, lag die durchschnittliche Produktivität im Jahr 2007 nur zwischen 69,6% (Prag) und 67,1% (Bratislava) des Burgenlandes, welches in Österreich die niedrigste Produktivität aufweist und im Vergleich zu Wien (der Region mit der höchsten Produktivität) war die Produktivität in den Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer durchwegs weniger als halb so hoch. In den meisten Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer außerhalb der Hauptstadtregionen liegt die Produktivität hingegen bei rund einem Viertel bis zu einem Drittel des Wiener Niveaus. Dies bedeutet auch relativ hohe Unterschiede in der unmittelbaren Grenzregion, wo die Produktivitäten zwar etwas höher sind aber doch (mit Ausnahme Bratislavas) durchwegs unter einem Drittel des österreichischen Niveaus liegen.¹⁷⁾

3.2.2 Löhne

Auch bei der Lohnentwicklung zeigen sich ähnliche Tendenzen. Obwohl es auch hier in den letzten Jahren zu einer deutlichen Reduktion der regionalen Disparitäten innerhalb der Nuts 2-Regionen der Länder kam, die hauptsächlich auf die Konvergenz zwischen den Ländern zurückzuführen ist, verbleiben Unterschiede zwischen den Regionen. So zeigt zum Beispiel die linke Hälfte von Übersicht 3.2 die Entwicklung der Lohnsumme pro unselbständig Beschäftigten und Jahr zu Wechselkursen in den Regionen der CENTROPE-Länder im Zeitraum zwischen den Jahren 2000 und 2006.¹⁸⁾ Wie schon bei den meisten anderen Indikatoren war auch das Lohnwachstum in den neuen Mitgliedstaaten rascher (zwischen jährlich durchschnittlich 6,7% in Mitteltransdanubien und 12,2% im tschechischen Südosten) als in Österreich (wo das Wachstum zwischen 2,4% in Tirol und 1,8% im Burgenland und in Niederösterreich lag). Dementsprechend kam es auch hier zu einer Reduktion des Variationskoeffizienten zwischen den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder (von 87% des Mittelwertes im Jahr 2000 auf 66% des Mittelwertes im Jahr 2011).

Dennoch verbleiben Lohnunterschiede zwischen den österreichischen Nuts 2-Regionen und den Regionen der neuen Mitgliedsländer. Zum Beispiel lag in den Hauptstadtregionen der neuen Mitgliedstaaten, die in diesen Ländern durchwegs das höchste Lohnniveau aufweisen, der durchschnittliche Jahreslohn eines unselbständig Beschäftigten zu Wechselkursen im Jahr

¹⁷⁾ Die im Vergleich zum BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten größeren Unterschiede in der Produktivität entstehen hier, weil die Produktivitätsunterschiede der internationalen Literatur folgend zu Wechselkursen gemessen werden. Da international aktive Unternehmen ihren Output am Weltmarkt zu Wechselkursen verkaufen müssen, spiegelt diese Kennzahl die Determinanten der Standortwahl von Unternehmen besser wider, als die Bereinigung um Kaufkraftparitäten.

¹⁸⁾ Leider werden Lohndaten von Eurostat auf regionaler Ebene erst mit einiger Verzögerung gemeldet, sodass hier das Jahr 2006 das letztverfügbare ist.

2006 zwischen 55% (Prag) und 38,9% (Bratislava) des Lohnniveaus des Burgenlandes (als dem österreichischen Bundesland mit dem niedrigsten Lohnniveau) und zwischen 41,3% und 29,0% des Lohnniveaus von Wien (als dem österreichischen Bundesland mit dem höchsten Lohnniveau).

Übersicht 3.2: Entwicklung des Lohnniveaus in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE
Pro unselbständig Beschäftigten und Jahr, in €

	Zu Wechselkursen				Zu Kaufkraftparitäten			
	2000	2004	2006	Durchschnittliche jährliche Veränderung in % 2000/06	2000	2004	2006	Durchschnittliche jährliche Veränderung in % 2000/06
Prag	9.199	14.026	17.602	+11,4	20.040	26.376	28.949	+6,3
Zentralböhmen	6.017	8.769	10.889	+10,4	13.108	16.491	17.910	+5,3
Südwesten	5.890	8.688	10.769	+10,6	12.832	16.338	17.710	+5,5
Nordwesten	5.687	7.909	9.917	+ 9,7	12.388	14.874	16.310	+4,7
Nordosten	5.683	8.384	10.320	+10,5	12.382	15.766	16.972	+5,4
Südosten	5.690	8.751	11.336	+12,2	12.395	16.457	18.643	+7,0
Zentralmähren	5.534	8.167	9.980	+10,3	12.055	15.358	16.414	+5,3
Mährisch-Schlesien	6.039	8.821	10.975	+10,5	13.158	16.588	18.051	+5,4
Mittelungarn	9.637	15.008	16.240	+ 9,1	20.203	25.200	27.207	+5,1
Mitteltransdanubien	6.511	9.642	9.607	+ 6,7	13.649	16.188	16.096	+2,8
Westtransdanubien	6.006	10.245	9.934	+ 8,7	12.592	17.202	16.642	+4,8
Südtransdanubien	5.488	8.564	9.360	+ 9,3	11.506	14.380	15.679	+5,3
Nordungarn	5.517	8.557	9.600	+ 9,7	11.565	14.366	16.082	+5,6
Nördliche Große	5.200	7.901	8.910	+ 9,4	10.901	13.266	14.926	+5,4
Südliche Große Tiefebene	5.194	8.205	8.775	+ 9,1	10.889	13.775	14.700	+5,1
Burgenland	28.587	30.537	31.910	+ 1,8	27.616	29.427	30.351	+1,6
Niederösterreich	30.590	32.524	34.034	+ 1,8	29.554	31344	32.368	+1,5
Wien	37.728	40.019	42.636	+ 2,1	36.451	38.567	40.548	+1,8
Kärnten	31.226	33.553	35.364	+ 2,1	30.170	32.336	33.632	+1,8
Steiermark	30.226	32.734	34.552	+ 2,3	29.204	31.546	32.861	+2,0
Oberösterreich	32.201	34.248	36.219	+ 2,0	31.110	33006	34.446	+1,7
Salzburg	30.982	33.123	34.783	+ 1,9	29.935	31921	33.081	+1,7
Tirol	29.604	32.630	34.222	+ 2,4	28.603	31.447	32.547	+2,2
Vorarlberg	32.321	34.064	36.105	+ 1,9	31.225	32827	34.339	+1,6
Region Bratislava	6.756	9.635	12.398	+10,6	15.810	18.839	22.487	+6,0
Westslowakei	4.465	6.276	7.956	+10,1	10.447	12.270	14.430	+5,5
Mittelslowakei	4.355	6.262	7.887	+10,4	10.190	12.245	14.304	+5,8
Ostslowakei	4.392	6.403	7.944	+10,4	10.277	12.518	14.408	+5,8
				Variationskoeffizient				
Tschechien	0,20	0,22	0,22		0,20	0,22	0,22	
Ungarn	0,25	0,25	0,25		0,25	0,25	0,25	
Österreich	0,08	0,08	0,08		0,08	0,08	0,08	
Slowakei	0,24	0,23	0,25		0,24	0,23	0,25	
CENTROPE-Region	0,87	0,71	0,66		0,47	0,39	0,37	

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen – Anmerkung: Löhne = Lohnsumme pro unselbständig Beschäftigten und Jahr.

Diese Lohnunterschiede wurden allerdings zu Wechselkursen berechnet und berücksichtigen daher nicht die erheblichen Kaufkraftunterschiede zwischen den Ländern. Sie sind daher vor allem für GrenzpendlerInnen relevant, da diese zum überwiegenden Teil in ihrem Heimatland konsumieren und daher vom niedrigen Preisniveau im Heimatland profitieren können. Für MigrantInnen – die im Empfängerland konsumieren – sind hingegen die Lohnunterschiede zu Kaufkraftparitäten relevanter. Deswegen werden in der rechten Hälfte von Übersicht 3.2, um Kaufkraftunterschiede zwischen den neuen Mitgliedstaaten und Österreich bereinigte Lohnunterschiede dargestellt.

Diese Betrachtung zeigt, dass Kaufkraftunterschiede zwar einen Teil aber nicht die Gesamtheit der Unterschiede im Lohnniveau zu Wechselkursen erklären können. Obwohl sich auch hier ein in den neuen Mitgliedstaaten durchgängig rascheres Lohnwachstum und dementsprechend eine Konvergenz unter den Regionen feststellen lässt, lag das Lohnniveau zu Kaufkraftparitäten in den Hauptstadtregionen der CENTROPE-Länder bei zwischen 89,6% (Mittelungarn) und 74,1% (Bratislava) des burgenländischen Lohnniveaus und zwischen 67,1% und 55,5% des Wiener Niveaus. In allen anderen Nuts 2-Regionen liegt dieses Niveau deutlich niedriger als in den Hauptstadtregionen dieser Länder.

Obwohl die Hauptstadtregionen der neuen Mitgliedstaaten somit mittlerweile ein höheres BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten aufweisen als Wien ist ihr Lohnniveau (ebenfalls zu Kaufkraftparitäten) im Jahr 2006 immer noch geringer als in Wien. Der Grund hierfür liegt zum einen in einem niedrigeren Ausgangsniveau im Lohnniveau der Hauptstädte im Jahr 2000 (als das Kaufkraftbereinigte Lohnniveau selbst in Mittelungarn bei nur 73% des burgenländischen Niveaus lag). Zum anderen war das Wachstum der Löhne gerade in den Hauptstadtregionen der neuen Mitgliedstaaten in diesem Zeitraum (wohl auch aufgrund von Zuwanderung aus dem Umland) geringer war als das Wachstum des BIP. Dennoch verringerten sich die Lohnunterschiede (zu Kaufkraftparitäten) dieser Regionen zu Österreichischen Bundesländern im letzten Jahrzehnt um durchwegs mehr als 10 Prozentpunkte.

Etwas anders ist die Situation in den Grenzregionen mit Ausnahme Bratislava (tschechischer Südosten und Südwesten, Westtransdanubien und Westslowakei), in denen – wie auch in vielen anderen Regionen - die Löhne zwar etwas rascher wuchsen als das BIP (alle Grenzregionen mit Ausnahme der Westslowakei), deren Lohnunterschiede zu den österreichischen Bundesländern sich allerdings aufgrund eines doch langsameren BIP-Wachstums sowohl bei den Löhnen zu Kaufkraftparitäten als auch bei jenen zu Kaufkraftparitäten lediglich um rund 10 Prozentpunkte verringerten.

3.3 Prognosen

Trotz eindeutiger Konvergenztendenzen innerhalb der Region bleiben daher zwischen den Nuts 2-Regionen Österreichs und jenen der angrenzenden neuen Mitgliedstaaten Einkommens-, Produktivitäts- und auch Lohnunterschiede bestehen, wobei allerdings die Nuts 2-Regionen der österreichischen Nachbarländer (mit der Ausnahme der ungarischen Regionen in den letzten Jahren) durch einen deutlichen Aufholprozess geprägt waren.

Nach den vorliegenden Prognosen dürfte dabei die Wirtschaftskrise 2009 diesen Aufholprozess auch auf regionaler Ebene unterbrochen und die regionalen Disparitäten eher vergrößert denn verkleinert haben. Nach den Prognosen von Cambridge Econometrics ist im Jahr 2009 das BIP vor allem in den meisten ungarischen Regionen mit Rückgängen von über -9,0% eingebrochen. Die einzige Region, die hier einen deutlich geringeren Einbruch erlebte war die Hauptstadtregion Mittelungarn (mit einem Rückgang von -3,5%). Aber auch in den meisten Nuts 2-Regionen Tschechiens und der Slowakei sank das BIP stärker als im am meisten von der Konjunkturkrise betroffen österreichischen Bundesland (Vorarlberg -4,6%). Zumeist liegen hier die Rückgänge bei über -5,0%, wobei nur die Hauptstadtregionen (Prag -2,1%, Bratislava -4,0%) und der tschechische Südosten (-3,8%) als Grenzregion geringere Verluste im BIP hinnehmen mussten.

Übersicht 3.3: Entwicklung und Prognose des GDP in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE

	2009	2010	2011/2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Durchschnittliche jährliche Veränderung in %
Prag	-2,1	+3,0	+4,7
Zentralböhmen	-5,2	+1,6	+4,2
Südwesten	-5,0	+0,3	+3,8
Nordwesten	-7,4	+0,8	+3,9
Nordosten	-5,1	+1,1	+4,0
Südosten	-3,8	+0,7	+4,0
Zentralmähren	-5,0	+1,1	+4,0
Mährisch-Schlesien	-6,6	+2,0	+4,3
Mittelungarn	-3,5	+1,0	+4,1
Mitteltransdanubien	-10,1	+0,5	+2,7
Westtransdanubien	-9,6	+0,1	+2,5
Südtransdanubien	-9,0	-1,6	+1,3
Nordungarn	-9,9	-1,0	+1,6
Nördliche Große Tiefebene	-9,0	-1,2	+1,6
Südliche Große Tiefebene	-9,3	-1,3	+1,5
Burgenland	-3,5	+1,2	+1,6
Niederösterreich	-3,8	+2,0	+2,1
Wien	-2,5	+1,7	+2,3
Kärnten	-4,3	+1,0	+1,4
Steiermark	-4,2	+1,6	+1,7
Oberösterreich	-4,4	+1,9	+1,9
Salzburg	-3,8	+1,5	+1,9
Tirol	-3,9	+1,7	+2,0
Vorarlberg	-4,6	+2,1	+2,2
Region Bratislava	-4,0	+3,6	+4,1
Westslowakei	-5,7	+3,2	+4,5
Mittelslowakei	-5,7	+2,2	+4,1
Ostslowakei	-5,6	+2,7	+4,2
EU 27	-4,4	+1,1	+2,2

Q: ERECO, WIFO-Berechnungen.

Allerdings zeigen diese Prognosen auch, dass die Krise auf regionaler Ebene insgesamt auch eine nur relativ kurzanhaltende Unterbrechung des Aufholprozesses in den meisten Ländern war. Nur in einigen zumeist ungarischen Regionen hat sie zu einer Verlangsamung des mittelfristigen Wachstumspfad geführt, wobei es allerdings auch 2010 nur in der Slowakei zu einem weiteren Angleichung des Wohlstandes an das österreichische Niveau kommen dürfte. Für das Jahr 2010 wird für alle hier betrachteten Regionen mit Ausnahme einiger ungarischer Regionen (Südtransdanubien, Nordungarn, Nördliche und Südliche Große Tiefebene) ein positives BIP-Wachstum erwartet, wobei allerdings nur die slowakischen Regionen (mit Wachstumsraten zwischen 3,6% in Bratislava und 2,2% in der Westslowakei) durchgängig rascher wachsen sollten als das am raschesten wachsende österreichische Bundesland. Somit dürfte es 2010 nur in den slowakischen Regionen zu einer weiteren Angleichung des Wohlstandes an das österreichische Niveau gekommen sein. In den wenigen wachsenden ungarischen Nuts 2-Regionen wird dieses Wachstum hingegen niedriger sein als im am langsamsten wachsenden österreichischen Bundesland und in Tschechien werden nur die Hauptstadt Prag und die Region Mährisch-Schlesien rascher wachsen als das am langsamsten wachsende österreichische Bundesland. Damit ist die für Tschechien insgesamt vorhergesagte bessere Entwicklung als im EU-Durchschnitt nur auf das gute Wachstum in diesen beiden Regionen zurückzuführen.

Ab dem Jahr 2011 sollte sich aber in allen Ländern mit Ausnahme Ungarns der bereits vor der Krise bestehende Aufholprozess fortsetzen. Für den Zeitraum zwischen den Jahren 2011 und 2014 wird in den slowakischen und tschechischen Regionen durchwegs mit jährlich durchschnittlichen Zuwachsraten von 4,0% (Südosten, Mittelmähren und Mährisch-Schlesien) und 4,7% (Prag) gerechnet. Einzig in Ungarn werden die Wachstumsraten in allen Regionen (mit Ausnahme der Hauptstadtregion Mittelungarn) in etwa in der Größenordnung des Wachstums der österreichischen Bundesländer liegen, wobei allerdings die Grenzregion Westtransdanubien (+2,5%) und auch Mitteltransdanubien (+2,7%) deutlich (um rund einen Prozentpunkt) rascher wachsen sollten als die sonstigen ungarischen Regionen.

3.4 Zusammenfassung

Insgesamt bestätigt eine regionale Analyse somit die Ergebnisse des letzten Kapitels, wonach das letzte Jahrzehnt durch einen von der Wirtschaftskrise unterbrochenen deutlichen Aufholprozess der Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedstaaten der EU geprägt war. Allerdings ergänzt diese Analyse diese Befunde auch insofern als sie zeigt, dass dieser Konvergenzprozess zum einen von weiter steigenden regionalen Unterschieden innerhalb dieser (bereits am Anfang der 2000er Jahre durch große regionale Disparitäten geprägten) Länder begleitet wurde und zum anderen der Grad der erreichten Konvergenz beim Lohn- und auch Produktivitätsniveau deutlich geringer ist als bei Indikatoren wie der Arbeitslosigkeit und dem BIP pro Kopf.

Insgesamt waren dabei in der Regionalentwicklung in den neuen Mitgliedstaaten im letzten Jahrzehnt in erster Linie die Hauptstadtregionen bevorzugt. Da sie bereits im Jahr 2000 durch

ein deutlich besseres Entwicklungsniveau geprägt waren als der Rest der Länder, führte dies zu steigenden regionalen Unterschieden in den neuen Mitgliedstaaten. In zweiter Linie waren aber auch die Grenzregionen bevorzugt, da in der gesamten Region ein deutliches West-Ost Gefälle besteht, wobei allerdings nicht alle unmittelbaren Grenzregionen der neuen Mitgliedstaaten über den gesamten Zeitraum bevorzugt waren. Insbesondere in Westtransdanubien war die Entwicklung bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise durch ein langsames Wachstum und eine steigende Arbeitslosigkeit geprägt.

Abgesehen von den offensichtlichen Herausforderungen, die die steigenden regionalen Disparitäten innerhalb der Länder an die nationale Regionalpolitik stellen, impliziert die bevorzugte Stellung der Grenzregionen innerhalb der neuen Mitgliedstaaten, dass die regionalen Unterschiede zwischen den Grenzregionen der neuen Mitgliedstaaten und Österreich deutlich geringer sind als zwischen den Ländern. Als spektakuläres Beispiel kann hier die Stadt Bratislava dienen, deren BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten 2007 nur mehr unwesentlich (um € 700) unter jenem Wiens lag. Diese geringeren regionalen Unterschiede relativieren somit übertriebene Besorgnis hinsichtlich möglicher grenzüberschreitender PendlerInnenströme.

Andererseits zeigt sich aber auch, dass die Einkommens- und Lohnunterschiede zu Wechselkursen zwischen den Grenzregionen außerhalb Bratislavas immer noch hoch sind. So lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten vor der Krise in den meisten unmittelbaren Grenzregionen der neuen Mitgliedsländer bei zwischen 75,4% (Westtransdanubien) bis 81,3% (Westslowakei) des burgenländischen Niveaus und zwischen 37,7% bis 40,6% des Wiener Niveaus. Selbst in Bratislava (als Region mit dem höchsten Lohnniveau in der unmittelbaren Grenzregion der neuen Mitgliedstaaten) lagen die Löhne zu Wechselkursen 2006 nur bei 38,9% des Burgenlandes, sodass in der Region auch weiterhin mit einem bestehenden Pendelpotential gerechnet werden muss.

4. Regionale Struktur und Strukturwandel

Abgesehen von den Unterschieden im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau unterscheiden sich die Länder der CENTOPRE-Region auch in struktureller Hinsicht. Sie sind durch eine andere Wirtschaftsstruktur, unterschiedliche Bildungsniveaus und auch durch unterschiedliche Arbeitsmarktstrukturen geprägt. Diese Unterschiede haben auch wichtige Auswirkungen auf die zu erwartende Struktur der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten nach dem Ende der Übergangfristen, da zum Beispiel aus Ländern mit einem hohen Anteil an gut ausgebildeten Facharbeitskräften tendenziell auch mehr gut ausgebildete Arbeitskräfte abwandern werden.

Dieses Kapitel fasst daher die wesentlichen Unterschiede in der Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktstruktur zwischen den neuen Mitgliedstaaten unter den CENTROPE-Ländern und Österreich anhand der verfügbaren Eurostat Daten zusammen. Insgesamt werden dabei diese Unterschiede – in noch wesentlich stärkerem Ausmaß als jene in Einkommens- und Arbeitslosigkeitsniveaus – von der Nachkriegsgeschichte der betrachteten Länder und institutionellen Pfadabhängigkeiten geprägt (siehe *Palme - Huber, 2000; Huber, 2007*, für einen Überblick über die strukturellen Ausgangsbedingungen der ehemaligen kommunistischen Länder und ihrer Regionen im Transformationsprozess zu Marktwirtschaften). Dementsprechend sind auch die im letzten Kapitel festgestellten Konvergenztendenzen zwischen den hier betrachteten Ländern in struktureller Hinsicht weniger stark ausgeprägt.

4.1 Strukturwandel und sektorale Entwicklung

4.1.1 Sektorstruktur

So zeigt zum Beispiel ein Vergleich der Sektoranteile an der Bruttowertschöpfung der Regionen der neuen Mitgliedstaaten unter den CENTROPE-Ländern, dass es sich bei diesen Regionen zum überwiegenden Teil um nur wenig tertiärisierte Industrieregionen handelt, die in einigen Teilen der Region (insbesondere in Ungarn) auch noch einen relativ hohen Agraranteil aufweisen (Übersichten 4.1 und 4.2). Unter den 19 Regionen der hier analysierten an Österreich grenzenden neuen Mitgliedstaaten weisen nur 6 (die drei Hauptstädte sowie die ungarischen Regionen Südtransdanubien sowie Nördliche und Südliche Große Tiefebene¹⁹⁾) Anteile des tertiären Sektors an der Wertschöpfung auf, die höher sind als im am wenigsten stark tertiärisierten österreichischen Bundesland (Oberösterreich) und in allen Regionen (außer den Hauptstadtregionen) liegt der Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung unter 60%. Beim Anteil der Beschäftigten in den Dienstleistungen sind diese Unterschiede noch ausgeprägter. Hier erreichen nur die Hauptstadtregionen der neuen Mitgliedsländer einen Grad der

¹⁹⁾ Der überdurchschnittliche Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung in diesen ostungarischen Regionen entspringt dabei primär einem hohen Anteil der öffentlichen und Versorgungsdienstleistungen. Damit unterscheiden sich diese Regionen sehr deutlich von Oberösterreich, wo der Anteil der unternehmensnahen Dienstleistungen deutlich höher ist.

Tertiärisierung, der über dem Niveau der am wenigsten stark tertiärisierten Region Österreichs liegt. Damit weisen in den neuen Mitgliedstaaten alle Regionen außer den Hauptstädten einen geringeren Anteil der Dienstleistungen an der Beschäftigung und Wertschöpfung auf als die österreichischen Bundesländer und selbst in den Hauptstadtregionen ist der Anteil der Dienstleistungen (sowohl bei Beschäftigung als auch an der Wertschöpfung) deutlich niedriger als etwa in Wien.

Übersicht 4.1: Sektoranteile an der Bruttowertschöpfung in den Regionen der CENTROPE-Länder 2000, 2004 und 2007

In %

	Landwirtschaft			Sachgütererzeugung			Dienstleistungen		
	2007	2004	2000	2007	2004	2000	2007	2004	2000
Prag	0,2	0,1	0,3	18,0	18,1	19,4	81,8	81,8	80,3
Zentralböhmen	2,9	4,3	4,2	45,6	45,0	45,5	51,4	50,7	50,3
Südwesten	4,7	5,4	6,8	42,7	43,2	42,1	52,6	51,4	51,1
Nordwesten	1,7	2,0	2,8	48,6	49,6	47,0	49,7	48,5	50,3
Nordosten	3,5	4,5	4,7	45,9	44,5	44,8	50,6	50,9	50,5
Südosten	4,0	5,6	6,7	40,6	40,1	39,5	55,4	54,3	53,8
Zentralmähren	3,4	5,1	5,3	45,6	45,1	42,9	51,1	49,8	51,8
Mährisch-Schlesien	1,6	2,1	3,0	50,0	49,7	45,8	48,4	48,2	51,2
Mittelungarn	0,7	1,0	1,2	22,1	24,4	23,7	77,2	74,6	75,0
Mitteltransdanubien	4,7	4,8	5,2	48,4	46,6	47,4	46,9	48,6	47,5
Westtransdanubien	5,2	5,9	5,8	43,5	42,2	47,9	51,4	51,9	46,4
Südtransdanubien	8,5	9,3	10,2	27,1	25,7	31,1	64,4	64,9	58,7
Nordungarn	4,2	7,1	5,6	40,1	36,4	39,0	55,7	56,5	55,4
Nördliche Große Tiefebene	8,4	9,3	11,8	29,7	30,5	29,5	61,9	60,1	58,6
Südliche Große Tiefebene	11,0	11,8	13,4	27,4	26,3	28,9	61,6	61,9	57,7
Burgenland	5,1	6,1	5,5	29,1	30,3	30,9	65,7	63,6	63,5
Niederösterreich	3,2	3,7	4,1	34,7	33,7	36,0	62,0	62,6	59,9
Wien	0,2	0,2	0,2	16,9	16,4	18,2	82,9	83,3	81,6
Kärnten	2,5	2,4	3,0	33,2	32,6	32,4	64,3	65,0	64,6
Steiermark	2,9	2,8	3,1	36,5	35,5	36,4	60,6	61,8	60,6
Oberösterreich	2,2	2,3	2,5	40,8	39,7	41,9	57,0	58,0	55,6
Salzburg	1,2	1,2	1,3	28,3	27,3	27,9	70,6	71,5	70,8
Tirol	1,2	1,2	1,3	30,6	28,6	29,3	68,2	70,2	69,4
Vorarlberg	0,7	0,8	0,8	41,1	39,2	39,0	58,2	60,0	60,2
Region Bratislava	0,9	0,8	1,3	22,7	24,0	26,6	76,4	75,2	72,1
Westslowakei	4,3	5,3	6,1	50,3	47,9	45,1	45,4	46,8	48,8
Mittelslowakei	5,0	5,2	5,4	40,0	37,1	36,2	55,1	57,7	58,4
Ostslowakei	4,3	4,9	4,9	39,5	33,5	33,8	56,2	61,6	61,4

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Ähnlich ist in den meisten der Regionen der hier analysierten neuen Mitgliedstaaten auch der Anteil der Beschäftigten und der Wertschöpfung im sekundären Sektor deutlich höher als im österreichischen Bundesland mit dem höchsten Anteil des sekundären Sektors an der Wertschöpfung und Beschäftigung, welches Vorarlberg ist. Einzig in den Hauptstadtregionen sowie

in 4 ungarischen Regionen (Südtransdanubien, Nordungarn, Nördliche und Südliche Große Tiefebene) und in der Ostslowakei ist der Anteil des sekundären Sektors an der Wertschöpfung geringer als in Vorarlberg. Beim Anteil der Beschäftigten trifft dies nur auf die Hauptstadtregionen und drei ungarische Regionen (Südtransdanubien, Nördliche und Südliche Große Tiefebene) zu. Auch in den Hauptstadtregionen ist der Anteil des sekundären Sektors an Wertschöpfung und Beschäftigung deutlich höher als in Wien.

Übersicht 4.2: Sektoranteile an der Beschäftigung in den Regionen der CENTROPE-Länder 2000, 2004 und 2007

In %

	Landwirtschaft			Sachgütererzeugung			Dienstleistungen		
	2008	2004	2000	2008	2004	2000	2008	2004	2000
Prag	0,2	0,4	0,7	19,4	20,6	21,6	80,4	78,9	77,5
Zentralböhmen	3,2	4,8	5,5	40,5	37,3	40,8	56,3	57,9	53,6
Südwesten	5,4	5,3	7,3	42,7	42,4	42,0	51,9	52,3	50,7
Nordwesten	2,6	2,4	3,8	42,7	39,8	41,5	54,7	57,7	54,7
Nordosten	3,8	5,3	6,0	47,3	45,3	43,7	48,9	49,3	50,2
Südosten	5,2	6,8	7,6	42,2	40,5	40,8	52,6	52,7	51,6
Zentralmähren	3,4	5,5	5,9	45,7	43,9	45,7	50,9	50,6	48,4
Mährisch-Schlesien	2,1	3,1	3,3	44,5	45,0	44,3	53,4	51,9	52,2
Mittelungarn	1,1	1,4	1,6	23,6	24,8	27,1	75,3	73,8	71,2
Mitteltransdanubien	4,5	4,8	6,3	42,5	43,2	43,4	53,0	52,0	50,3
Westtransdanubien	4,1	5,2	6,0	40,8	41,1	41,6	55,1	53,8	52,4
Südtransdanubien	6,9	8,4	9,8	32,3	31,9	33,0	60,8	59,7	57,1
Nordungarn	3,9	3,9	5,1	37,5	37,7	38,3	58,6	58,3	56,7
Nördliche Große Tiefebene	6,8	7,6	8,5	33,2	33,7	34,5	60,0	58,7	57,0
Südliche Große Tiefebene	9,6	10,7	14,1	31,0	32,1	32,0	59,3	57,1	53,9
Burgenland	7,4	5,5	7,5	26,4	28,5	32,9	66,1	66,0	59,6
Niederösterreich	8,0	7,3	8,7	26,2	25,8	29,5	65,8	66,8	61,8
Wien	0,6	0,8	1,0	16,9	20,3	22,0	82,5	78,9	77,1
Kärnten	7,2	6,0	6,2	26,4	29,7	32,4	66,4	64,3	61,4
Steiermark	7,7	6,1	8,3	29,1	31,0	34,0	63,2	62,8	57,7
Oberösterreich	6,6	7,1	7,5	32,0	33,0	35,6	61,4	59,9	56,9
Salzburg	4,7	4,7	5,2	23,0	24,5	27,9	72,4	70,7	67,0
Tirol	5,5	4,0	4,7	25,7	27,3	27,2	68,7	68,6	68,2
Vorarlberg	3,4	2,6	2,4	34,9	37,5	42,4	61,8	59,9	55,2
Region Bratislava	1,0	1,4	2,3	23,8	23,5	23,0	75,1	74,5	74,7
Westslowakei	4,5	5,8	8,2	42,7	44,2	40,9	52,8	49,7	50,9
Mittelslowakei	4,7	6,4	6,7	42,7	39,7	40,4	52,6	53,9	52,9
Ostslowakei	4,3	4,7	7,0	40,3	39,5	37,5	55,4	55,8	55,5

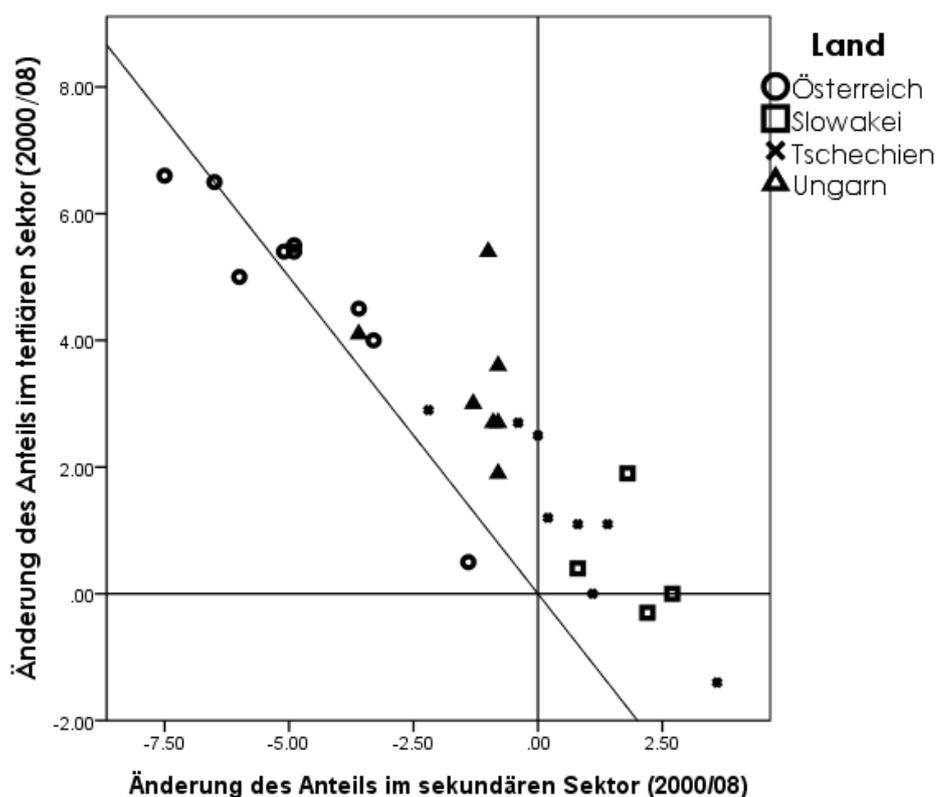
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Eher gering ist hingegen der Anteil des primären Sektors an der Wertschöpfung und Beschäftigung in den neuen Mitgliedstaaten. Hier fallen vor allem die österreichischen Bundesländer als Regionen mit einem hohen Beschäftigungsanteil aber einem geringen Wertschöpfungsanteil des primären Sektors auf. Dies ist allerdings auf die große Zahl an mithelfenden Familien-

angehörigen in der stark nebenerwerbsorientierten österreichischen Landwirtschaft zurückzuführen. Unter den Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedstaaten liegt der Beschäftigtenanteil im primären Sektor nur in drei ungarischen Regionen (Südtransdanubien, Nördliche und Südliche Große Tiefebene) sowie in den tschechischen Grenzregionen zu Österreich (Südosten und Südwesten) über 5%. Der Anteil des primären Sektors an der Wertschöpfung liegt nur in denselben drei ungarischen Regionen sowie in Westtransdanubien und der Ostslowakei über 5%.

Abbildung 4.1: Entwicklung der Sektoranteile 2000 bis 2008

In Prozentpunkten



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Die Spezialisierungsmuster in den hier untersuchten Ländern unterscheiden sich daher – ebenso wie die Wohlstandindikatoren – einigermaßen zwischen den neuen Mitgliedstaaten und Österreich. Allerdings zeigen sich hier – im Gegensatz zu den Wohlstandsindikatoren – kaum Anzeichen einer Konvergenz innerhalb der Region. Um dies zu illustrieren wurden in Abbildung 4.1, die Veränderungen der Sektoranteile an der Beschäftigung des tertiären und sekundären Sektors an der Beschäftigung im Zeitraum 2000 bis 2008 dargestellt. Die auf der horizontalen Achse eingetragenen Werte zeigen die Änderung des Anteils des sekundären Sektors an der Beschäftigung in diesem Zeitraum, während die vertikale Achse die Änderung

im Anteil des tertiären Sektors misst. Da sich die Summe der Sektoranteilsänderungen auf null addiert, stellt die Distanz eines Punktes zu der auf dieser Abbildung ebenfalls aufgetragenen negativ geneigten 45°-Geraden die Veränderung im Sektoranteil des primären Sektors dar.

Wie aus dieser Abbildung ersichtlich, kam es im letzten Jahrzehnt in allen österreichischen Bundesländern zu einer deutlichen De-Industrialisierung der Beschäftigtenstruktur, der Anteil des sekundären Sektors ist gesunken. In allen slowakischen Regionen und in den meisten tschechischen Regionen (allen außer Prag, Zentralböhmen und Zentralmähren) kam es hingegen – aufgrund der guten Industriekonjunkturlage und der erheblichen industriellen Direktinvestitionen in diese Länder – zu einem Anstieg des Beschäftigungsanteils im sekundären Sektor. In den ungarischen Regionen sank der Industrieanteil an den Beschäftigten zwar ebenfalls durchwegs, aber deutlich schwächer als in den österreichischen Bundesländern. Gerade in den am Anfang der Periode am stärksten industrialisierten Regionen kam es daher zu einem Anstieg oder einem schwachen Sinken des Industrieanteils, sodass hier zumindest für den Zeitraum 2000 bis 2008 von einer strukturellen Divergenz zwischen den österreichischen Regionen und den Regionen der neuen Mitgliedsländern gesprochen werden kann.

Ähnlich stieg in diesem Zeitraum auch der Beschäftigtenanteil in den Dienstleistungsbranchen in Österreich deutlich stärker als in den neuen Mitgliedstaaten. Nur zwei ungarische Regionen (Mittelungarn und die Südliche Große Tiefebene) erreichen hier ähnlich hohe Werte wie die österreichischen Bundesländer, sodass auch hier die am wenigsten tertiärisierten Regionen der CENTROPE-Länder die geringsten Zuwächse im Sektoranteil des tertiären Sektors verzeichneten und von einer Divergenz der Sektorstruktur gesprochen werden kann.

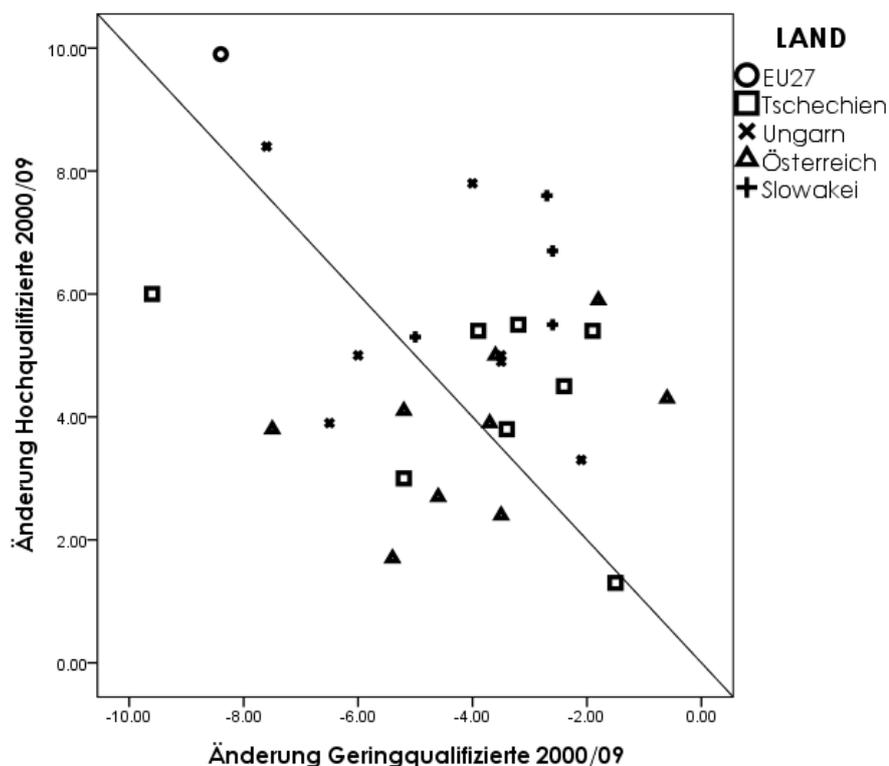
4.1.2 Humankapital

Den unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen entsprechend unterscheidet sich auch die Bildungsstruktur der Bevölkerung zwischen den Ländern recht deutlich. Insgesamt sind alle in dieser Studie betrachteten Länder inklusive Österreich im europäischen Vergleich durch einen hohen Anteil an Personen mit mittleren Ausbildungsniveaus und einem geringen Anteil an Niedrigqualifizierten geprägt. So hatten im Jahr 2009 in der gesamten EU 48,5% der Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren einen mittleren Schulabschluss, im Durchschnitt der hier betrachteten Länder waren es aber 70,3% und selbst in der Region mit dem geringsten Bevölkerungsanteil mit mittlerer Qualifikation (Wien) lag dieser Anteil noch deutlich höher (bei 55,8%) als im europäischen Durchschnitt. Ähnlich betrug der Anteil der über 15-jährigen Bevölkerung mit niedriger Ausbildung im europäischen Durchschnitt 24,3%, im Durchschnitt der CENTROPE-Länder aber nur 11,1%, wobei auch hier dieser Anteil in der Region mit dem höchsten Anteil der Niedrigqualifizierten unter den über 15-Jährigen (Tirol) mit 21,2% noch immer unter dem europäischen Durchschnitt lag.

den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Regionen im letzten Jahrzehnt etwas langsamer war als im EU-Durchschnitt. Zwar sank der Anteil der gering Qualifizierten in allen Nuts 2-Regionen, während der Anteil der Hochqualifizierten stieg (Abbildung 4.3), diese Veränderungen waren aber in allen Regionen (mit Ausnahme Zentralböhmens) geringer als im EU-Durchschnitt, wo der Anteil der Niedrigqualifizierten in diesem Zeitraum um 8,4 Prozentpunkte abnahm, aber jener der Hochqualifizierten um 9,9 Prozentpunkte anstieg.²⁰⁾

Abbildung 4.3: Entwicklung der Bildungsanteile der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren 2000 bis 2009

In Prozentpunkten



Q: Eurostat. WIFO-Berechnungen.

Abgesehen von diesen Unterschieden zum europäischen Durchschnitt, die darauf hindeuten, dass die hier untersuchten Länder ihre komparativen Vorteile vor allem in einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft haben, die zumindest in den neuen Mitgliedsländern auch ihre auf den sekundären Sektor fokussierte Beschäftigungsstruktur reflektiert, zeigen sich aber auch relevante länderspezifische Unterschiede, die unter anderem auf unterschiedliche Bildungs-

²⁰⁾ Recht uneinheitlich entwickelt sich hingegen der Anteil der Mittelqualifizierten, der in Abbildung 4.3 aus der Distanz zwischen der negativ geneigten 45°-Geraden zu einem Punkt abgelesen werden kann. Einzig in den slowakischen Regionen verringerte sich dieser Anteil durchgängig. In Tschechien war dies in 5 von 8 Regionen der Fall, in Ungarn in 5 von 7 und in Österreich in 4 von 9.

systeme zurückgeführt werden können. So ist vor allem in Tschechien und der Slowakei, die lange Zeit ein Land waren und daher auch ein ähnliches Bildungssystem hatten und noch immer haben, der Anteil der Personen mit niedriger Ausbildung – aber auch jener mit hoher Ausbildung – im Allgemeinen niedriger als in Österreich und Ungarn, während der Anteil der Personen mit mittlerer Ausbildung höher ist. Einzige Ausnahme hierzu sind die Hauptstadtregionen (Prag und Bratislava), in denen der Anteil der Hochqualifizierten höher ist als in Wien und dafür der Anteil der Mittel- und Hochqualifizierten niedriger.

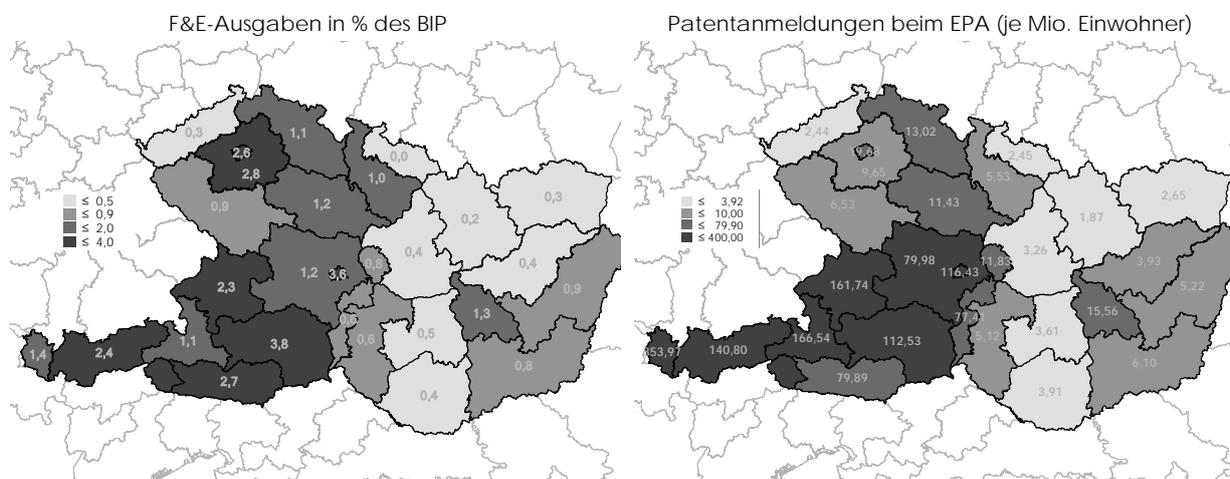
Eine Konsequenz dieser nationalen Unterschiede ist, dass die Bildungsstruktur in den unmittelbar an Österreich grenzenden Nuts 2-Regionen zumeist besser ist als in den an sie grenzenden österreichischen Regionen. Dies trifft sowohl auf die tschechischen Grenzregionen (wo der Anteil der Geringqualifizierten geringer ist als in Ober- oder Niederösterreich und der Anteil der Mittelqualifizierten höher) ebenso zu wie auch auf Bratislava und die Westslowakei (die einen geringeren Anteil Niedrigqualifizierter und zumindest in Bratislava einen höheren Anteil an Höherqualifizierten haben) und auf Westtransdanubien (wo der Anteil der Hochqualifizierten höher und jener der Niedrigqualifizierten geringer ist als im Burgenland) zu. Insgesamt ist damit davon auszugehen, dass schon aufgrund des höheren Bildungsstandes der Sendelandbevölkerung sowohl MigrantInnen als auch PendlerInnen aus den neuen Mitgliedstaaten ein höheres Bildungsniveau aufweisen als der österreichische Durchschnitt und jedenfalls eine deutlich bessere Bildungsstruktur als bisherige MigrantInnen nach Österreich, wobei allerdings – aufgrund der Bevölkerungsstruktur dieser Länder – ein überwiegend aus dem mittleren Bildungsniveau stammendes Migrations- und Pendelpotential zu erwarten wäre.²¹⁾

4.1.3. *Forschung und Entwicklung*

Die starke Industrieorientierung der CENTROPE-Länder und ihre insbesondere auf das mittlere Ausbildungssegment ausgerichtete Humankapitalbasis führen – zumindest nach den wenigen zu diesem Bereich verfügbaren Kennzahlen auf regionaler Ebene – auch zu einer eher geringeren Hochtechnologieorientierung der Region als im europäischen Durchschnitt. So erreichten im Jahr 2007 nur wenige Regionen Tschechiens (Prag und Mittelböhmen) sowie die Mehrheit der österreichischen Bundesländer (mit Ausnahme Burgenland, Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg) einen im Vergleich zum europäischen Durchschnitt (von 1,9%) überdurchschnittlichen Anteil der F&E-Ausgaben am BIP. In den meisten Regionen der neuen Mitgliedstaaten lag dieser Anteil zum Teil deutlich darunter, wobei in Ungarn und der Slowakei nicht einmal die Hauptstadtregionen an diesen Wert heranreichen, und dieser Indikator in den meisten Regionen weniger als 0,5% des BIP ausmacht.

²¹⁾ Einschränkung ist hier allerdings festzuhalten, dass sich diese Aussage einzig aus der Bevölkerungsstruktur der neuen Mitgliedstaaten bezieht und daher nicht auf die Selektion der MigrantInnen und PendlerInnen innerhalb der Bevölkerung Bezug nimmt. Allerdings zeigt *Nowotny* (2011), dass das nach Österreich gerichtete Mobilitätspotential aus den hier analysierten Ländern weder positiv noch negativ selektiert ist.

Abbildung 4.4: Indikatoren zur Technologieorientierung der Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder 2007



Q: Eurostat.

In eine ähnliche Richtung weisen auch die Patentanmeldungen beim europäischen Patentamt pro Million Einwohner. Hier werden in Österreich zwischen 77 und 167 Patente pro Million Einwohner registriert. In Tschechien liegt diese Zahl bereits nur mehr zwischen 19,7 und 2,4 Patente pro Million Einwohner, wobei einzig in der Hauptstadtregion mehr als 15 Patente pro Million Einwohner erreicht werden. In Ungarn und der Slowakei werden nur in den Hauptstadtregionen (Mittelungarn und Bratislava) mehr als 10 Patenteinreichungen pro Million Einwohner erreicht. Im Vergleich zu den österreichischen Industriebundesländern (Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Vorarlberg) ist die Zahl der Patentanmeldungen in den wesentlich stärker industrialisierten Regionen der neuen Mitgliedstaaten damit deutlich geringer, was auf eine deutlich geringere Innovationsorientierung der Industriebetriebe in diesen Ländern schließen lässt.²²⁾

4.2 Struktur der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit

Außer diesen Unterschieden in der Struktur der Wirtschaft und der Bevölkerung bestehen – wie bereits im ersten Kapitel dargestellt – aber auch noch einige Unterschiede in der Struktur der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit zwischen den neuen Mitgliedstaaten und Österreich. So ist zum Beispiel der Anteil der Teilzeit- und atypisch Beschäftigten in den neuen Mitgliedstaaten deutlich geringer als in Österreich. Während der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung in den österreichischen Bundesländern durchwegs zwischen 22,1%

²²⁾ Einschränkung muss hier allerdings festgestellt werden, dass die Patentstatistik durch die Strategien multinationaler Unternehmen verzerrt sind, die oftmals alle Patente (unabhängig davon, wo sie erarbeitet wurden) am Standort der Unternehmenszentrale anmelden. Dies verzerrt die Patentstatistik der neuen Mitgliedstaaten sicher nach unten, da in diesen Ländern ausländische Konzernunternehmen eine besonders wichtige Rolle in der Wirtschaftsstruktur einnehmen.

(Burgenland) und 26,6% (Tirol) liegt und bei Frauen meist über 40% beträgt, ist er in den neuen Mitgliedstaaten mit zwischen 3,0% (Westslowakei) und 8,6% (Zentralböhmen) durchwegs geringer.

Übersicht 4.3: Kennzahlen zur Beschäftigtenstruktur in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder 2009

	Teilzeitquote in %			Beschäftigungsquote in %			
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	15-64 Jahre		Insgesamt
					55-64 Jahre		
Prag	8,6	4,9	13,4	71,7	79,2	64,2	62,8
Zentralböhmen	3,6	1,8	5,9	67,8	76,9	58,4	48,8
Südwesten	5,6	3,1	9,0	67,1	75,8	58,2	47,4
Nordwesten	3,6	2,2	5,8	61,5	71,5	51,3	42,5
Nordosten	5,9	3,0	9,9	64,1	72,7	55,3	44,6
Südosten	6,4	3,1	10,7	64,7	73,1	56,1	45,6
Zentralmähren	4,2	1,9	7,2	64,1	72,4	55,7	43,9
Mährisch-Schlesien	5,4	2,0	9,9	62,1	69,7	54,3	39,2
Mittelungarn	5,5	4,2	7,0	61,6	67,4	56,1	40,7
Mitteltransdanubien	3,5	2,3	5,0	57,8	64,0	51,6	31,9
Westtransdanubien	3,9	2,2	5,9	59,7	65,5	53,9	35,7
Südtransdanubien	6,5	3,8	9,8	52,1	57,6	46,8	26,9
Nordungarn	6,0	4,6	7,8	48,6	53,9	43,4	27,5
Nördliche Große Tiefebene	6,4	4,3	9,0	48,1	53,2	43,2	27,3
Südliche Große Tiefebene	6,9	5,3	8,9	53,2	59,7	47,0	28,6
Burgenland	22,1	5,7	41,8	71,2	77,3	65,1	38,5
Niederösterreich	23,5	7,2	42,2	72,4	77,1	67,8	40,2
Wien	24,8	13,3	37,3	68,1	72,0	64,4	43,6
Kärnten	22,8	6,8	41,8	68,8	74,8	62,9	38,0
Steiermark	24,5	7,7	44,1	70,9	75,7	66,0	35,8
Oberösterreich	25,2	8,3	45,8	73,9	80,5	67,3	42,9
Salzburg	25,9	8,5	45,5	74,6	80,0	69,3	44,2
Tirol	26,6	8,6	47,4	74,3	80,2	68,4	44,0
Vorarlberg	24,7	6,3	46,9	73,5	80,3	66,7	41,3
Region Bratislava	3,6	2,6	4,7	71,2	75,7	66,9	59,3
Westslowakei	3,0	2,0	4,1	62,2	69,7	54,8	39,5
Mittelslowakei	3,5	2,2	5,2	57,0	65,0	48,8	33,4
Ostslowakei	4,5	4,1	5,0	55,9	64,0	47,9	35,5

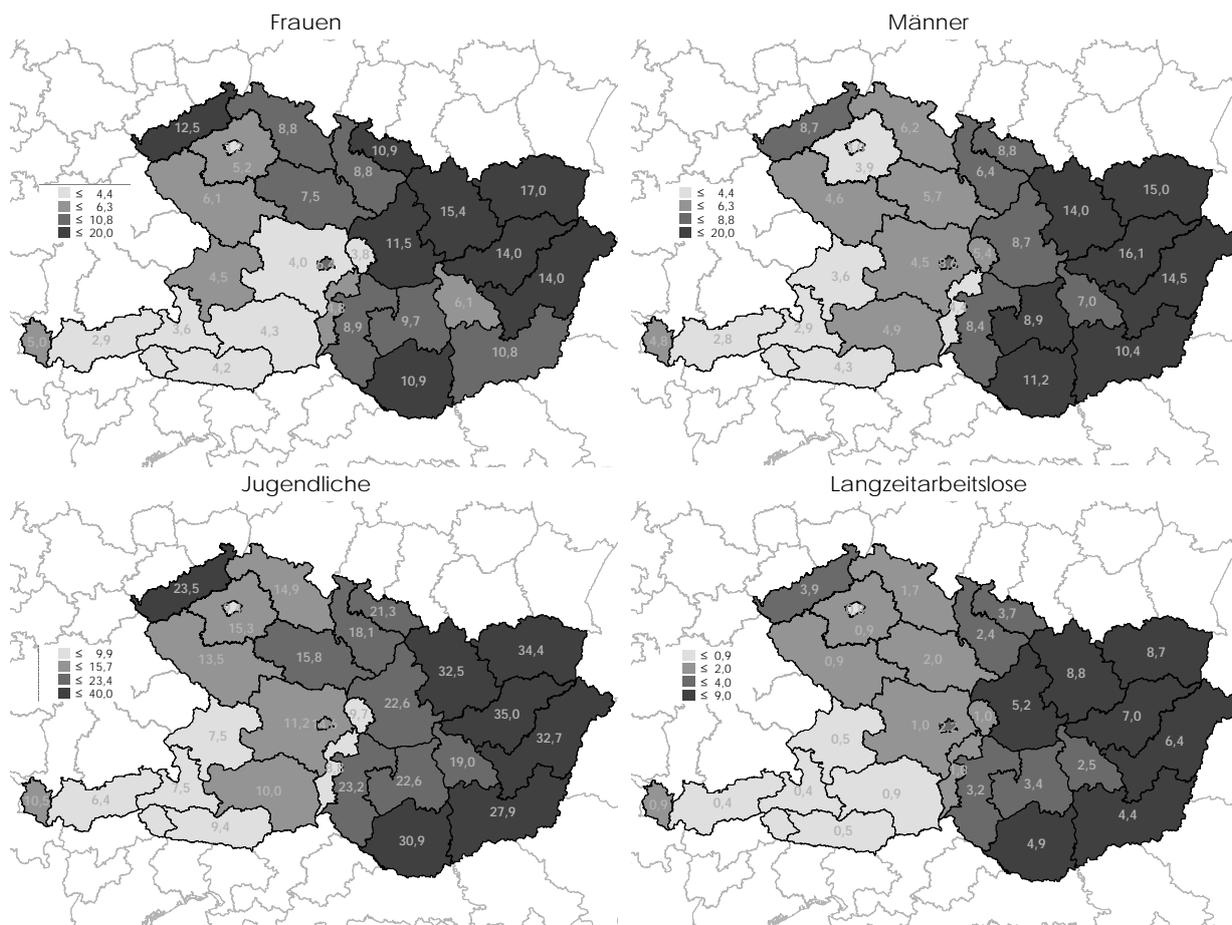
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Dies ist von einiger Bedeutung, weil die hohe Teilzeitquote in Österreich auch Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsstatistik hat, die dazu führen, dass die Unterschiede zwischen den neuen Mitgliedstaaten und Österreich (sowohl hinsichtlich Niveau als auch Dynamik) überzeichnet werden, da (unter sonst gleichen Bedingungen) Länder mit

einer hohen Teilzeitquote auch eine höhere Beschäftigungsquote und eine geringere Arbeitslosenquote aufweisen.²³⁾

Abbildung 4.5: Struktur der Arbeitslosigkeit nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen der CENTROPE 2009

In %



Q: Eurostat.

Daneben haben sich aber auch in den meisten neuen Mitgliedstaaten in den letzten Jahren die nach der politischen Wende durchwegs sehr geringen Geschlechterunterschiede in der Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote deutlich erhöht, sodass im Jahr 2009 einige Regionen dieser Länder im europäischen Vergleich bereits überdurchschnittliche Geschlechterunterschiede erreichten. So lagen zum Beispiel im Jahr 2009 die Unterschiede in der Arbeitslosen-

²³⁾ Dementsprechend werden die Unterschiede in der Beschäftigungsdynamik zwischen den neuen Mitgliedsländern und Österreich im Zeitraum 2004 bis 2007 unterzeichnet, wenn man nur auf die Zahl der beschäftigten Personen abstellt. Stellt man auf die im Hauptberuf geleistete Arbeitszeit ab, so stagnierte zum Beispiel das Arbeitsvolumen in vielen Österreichischen Bundesländern (mit jährlich durchschnittlichen Zuwachsraten von weniger als 0,5%), während es in Bratislava um 3,5% jährlich wuchs (Rozmahel et al., 2011)

quote der Männer und der Frauen bereits bei 3,6 Prozentpunkten während in der EU 27 beide Geschlechter in etwa die gleiche Arbeitslosenquote aufwiesen. Nur in 8 Regionen (die Hauptstadtregionen sowie Südtransdanubien, Niederösterreich, Kärnten, Steiermark) waren die Arbeitslosenquoten unter Frauen im Jahr 2009 niedriger als unter Männern. Ähnlich ist auch bei den Beschäftigungsquoten (der über 15-Jährigen) jene der Männer in allen Regionen höher als jene der Frauen. Diese Unterschiede liegen in Tschechien und der Slowakei zwischen 17 und 20 Prozentpunkte und in den anderen Regionen zwischen 11 und 15 Prozentpunkten. Die stark industrieorientierte Entwicklung der neuen Mitgliedstaaten in den letzten Jahren hat daher die Arbeitsmarktchancen von Männern deutlich stärker verbessert als jene der Frauen.

Schlussendlich zeigt eine regionale Betrachtung auch deutliche Unterschiede in der Problemlage verschiedener Regionen hinsichtlich der in den neuen Mitgliedstaaten auffallend hohen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie der geringen Beschäftigungsquote der Älteren. Insbesondere zeigt sich hier – noch deutlicher als bei der Gesamtarbeitslosigkeit – das in Ungarn und der Slowakei (aber auch Österreich) bestehende West-Ostgefälle in den Arbeitsmarktproblemen. In der Ostslowakei und auch im östlichen Ungarn liegt die Arbeitslosenquote der Jugendlichen durchwegs bei oder über 33%, während sie in den unmittelbaren Grenzregionen dieser Länder zu Österreich zumindest unter 25% (und in Bratislava sogar unter 10%) liegt. Ähnlich liegt die Langzeitarbeitslosenquote in den östlichen Regionen Ungarns und der gesamten Slowakei (mit Ausnahme Bratislavas) über 5%, in Westtransdanubien aber nur bei 3,2% und in Bratislava bei 1,0%.

Etwas weniger deutlich ist die Benachteiligung der östlichen Regionen der neuen Mitgliedsländer bei der Beschäftigungsquote der Älteren (55-64-Jährigen). Hier weisen nur die östlichen ungarischen Regionen (mit Beschäftigungsquoten der Älteren zwischen 26% und 29%) ein deutlich geringeres Niveau auf als West- und Mitteltransdanubien. Allerdings erweisen sich hier die Hauptstadtregionen der neuen Mitgliedstaaten, (mit Beschäftigungsquoten zwischen 60,8% in Prag und 40,7% in Mittelungarn) als deutlich bevorzugt.

4.2 Zusammenfassung

Insgesamt können die Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer – mit Ausnahme der Hauptstädte – daher durchwegs als nur wenig tertiärisierte Industrieregionen bezeichnet werden, die in den letzten Jahren auch eine zunehmende Industrialisierung erfuhren. Dadurch unterscheiden sich diese Regionen in ihrer Struktur deutlich von jenen Österreichs. Für die gesamte hier analysierte Region (inklusive Österreichs) gilt allerdings, dass sie in ihrer Humankapitalstruktur vor allem durch einen hohen Anteil an Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss aber nur einen geringen Anteil an Personen mit einem niedrigen und auch hohen Bildungsabschluss auffällt, wobei allerdings gerade im Hinblick auf die Forschungs- und Technologieorientierung, die österreichische Industrie nach wie vor einen deutlichen Vorsprung aufweist. Dies deutet somit darauf hin, dass die gemeinsamen komparativen Vorteile der hier untersuchten Länder in einer gut ausgebildeten Industriearbeiterschaft liegen, während bei

"moderneren" Standortfaktoren wie z.B. Forschung und Entwicklung immer noch Defizite bestehen.

Im Unterschied zu den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren zeigen sich bei Strukturindikatoren auch kaum Konvergenztendenzen. Die Sektorstruktur der hier betrachteten Regionen divergierte in unserem Beobachtungszeitraum, was auf eine zunehmende regionale Spezialisierung in der Region hindeutet, und bei der Bildungsstruktur war der Strukturwandel schwächer als im europäischen Durchschnitt. Einzig hinsichtlich der Struktur der Arbeitslosigkeit zeigt sich hier das auch bei der Gesamtarbeitslosigkeit bestehende West-Ost-Gefälle innerhalb der Region, wobei allerdings die Benachteiligung der östlichen slowakischen und ungarischen Regionen hinsichtlich der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit stärker ausgeprägt ist als bei der Gesamtarbeitslosigkeit und die Beschäftigungsquote der Älteren vor allem in den Hauptstadtregionen der neuen Mitgliedstaaten höher liegt als im Rest der Länder.

Aus migrationspolitischer Perspektive bedeutet dies, dass die zu erwartenden Zuwanderer aus den neuen Mitgliedstaaten aus einer Bevölkerung stammen bei der es sich zum überwiegenden Teil um eine gut ausgebildete Industriearbeiterschaft handelt. Wenn es nicht zu sehr starken Selektionsprozessen zwischen MigrantInnen, PendlerInnen und immobilen Bevölkerungsgruppen kommt wären daher eindeutig besser qualifizierte Zuwanderer aus diesen Ländern zu erwarten als im Durchschnitt der bisher in Österreich lebenden Zuwanderer. Überdies bestätigt eine Betrachtung der regionalen Struktur der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, dass diese beiden "Push-Faktoren" für Wanderung in den östlichen Regionen – insbesondere der Slowakei und Ungarns – einen stärkeren Migrationsanreiz darstellen als in den unmittelbaren Grenzregionen.

5. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Als im Jahr 2004 die Nachbarländer Österreichs der Europäischen Union beitraten wurde zum einen erwartet, dass dieser Beitritt wichtige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs und der angrenzenden neuen Mitgliedstaaten haben würde. Zum anderen wurden aber auch erhebliche Migrationsbewegungen erwartet. Die Befürchtungen hinsichtlich der möglichen negativen Verteilungswirkungen der Migration führten dabei zur Einführung von Übergangfristen im Bereich der Freizügigkeit, die zuletzt (ab 2009) nur mehr von Österreich und Deutschland aufrecht erhalten wurden. Mit dem 1. Mai 2011 werden diese Übergangfristen auslaufen. Damit erhalten die StaatsbürgerInnen der neuen Mitgliedstaaten unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt und auch die immer noch bestehenden Einschränkungen der Dienstleistungsfreiheit werden auslaufen. Der vorliegende Bericht untersucht daher, wie sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in Österreich und seinen Nachbarländern im letzten Jahrzehnt änderten, um anhand dessen Aussagen über die mögliche Entwicklung des Migrationspotentials in Österreichs Nachbarländern und auch mögliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu diskutieren. Unser Hauptaugenmerk gilt dabei der regionalen Entwicklung.

5.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Region

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der in diesem Projekt untersuchten Länder in den Jahren 2000 bis 2010 so waren diese im Zeitraum seit der EU-Erweiterung bis 2008 durch einen erheblichen Aufholprozess geprägt. Dieser führte dazu, dass sich die Einkommens- und auch die Lohnunterschiede zwischen Österreich und den neuen Mitgliedstaaten deutlich verringerten, wobei vor allem das rasche Wachstum der slowakischen Wirtschaft zu diesem Prozess beitrug, während sich Ungarn deutlich schwächer entwickelte. In diesem Zeitraum reduzierten sich die Unterschiede zwischen dem Land mit dem niedrigsten und mit dem höchsten BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) in dieser Region im Jahr 2004 von 70% des EU-Durchschnitts (oder € 15.200), bis ins Jahr 2008 auf 59,4% des EU-Durchschnittes (oder rund € 14.900). Ähnlich sank der Abstand zwischen dem Land mit der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosenquote von 13,2 Prozentpunkten auf 6,7 Prozentpunkte.

Dieser Aufholprozess wurde allerdings Ende 2008 bzw. Anfang 2009 durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise unterbrochen. Die insgesamt schon vor der Krise durch ein immer noch niedrigeres Wohlstandsniveau und eine höhere Arbeitslosigkeit geprägten neuen Mitgliedstaaten der EU waren dabei von dieser Krise stärker betroffen als Österreich. Das BIP pro Kopf sank im Jahr 2009 in Ungarn um 5,6, in der Slowakei um 5,0% und in Tschechien um 5,0%, während der Rückgang in Österreich 5,8% betrug. Ähnlich stieg die Arbeitslosenquote in den neuen Mitgliedstaaten 2009 durchwegs um mehr als zwei Prozentpunkte, in Österreich aber nur um einen.

Am Ende der Periode (2009) waren allerdings die Unterschiede im Entwicklungsniveau und auch in der Arbeitslosigkeit zwischen diesen Ländern und Österreich immer noch geringer als zum Zeitpunkt der Erweiterung (2004). Das einzige Land, in dem sich in diesem Zeitraum die Arbeitsmarktsituation relativ zu Österreich eher verschlechtert als verbessert hat, war Ungarn. Überdies gehen die vorliegenden Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder durchgängig davon aus, dass sich der Konvergenzprozess der neuen Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2010 zumindest hinsichtlich des BIP-Wachstums, wenn auch etwas langsamer als davor, weiter fortsetzen wird – die Finanzkrise also nur eine relativ kurz andauernde Unterbrechung des langfristigen Aufholprozesses der neuen Mitgliedstaaten war. Nur in Ungarn wird erst wieder im Jahr 2011 ein überdurchschnittliches Wachstum erwartet.

Allerdings hat die Finanzkrise in den neuen Mitgliedstaaten insbesondere am Arbeitsmarkt einige der bereits vor der Krise bestehenden wirtschaftlichen Schwächen wieder in den Vordergrund gerückt. Insbesondere die geringen Beschäftigungsquoten und hohen Arbeitslosenquoten der gering qualifizierten Arbeitskräfte, die hohe Langzeitarbeitslosenquote und auch die in einigen Ländern sehr hohen Jugendarbeitslosenquoten deuten hier auf den deutlichen Strukturwandel der Region hin, der dazu geführt hat, dass die Struktur der Arbeitskräftenachfrage und des -angebotes deutlich auseinanderklaffen und zu einer hohen Sockelarbeitslosigkeit beitragen. Dementsprechend wird in den Prognosen auch erwartet, dass das Wachstum der neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2010 nicht reicht, um die Arbeitslosigkeit zu senken und sich hier die Konvergenz erst 2011 fortsetzen wird.

Eine regionale Betrachtung bestätigt diese Ergebnisse weitgehend. Auch auf Ebene der Nuts 2-Regionen der hier betrachteten Länder war das letzte Jahrzehnt durch einen von der Wirtschaftskrise unterbrochenen deutlichen Aufholprozess der Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedstaaten der EU geprägt und auch hier gehen bestehende Prognosen davon aus, dass sich dieser Aufholprozess (mit Ausnahme Ungarns) auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

Allerdings zeigt die Analyse auch, dass dieser Konvergenzprozess zum einen von weiter steigenden regionalen Unterschieden innerhalb dieser (bereits am Anfang der 2000er Jahre durch große regionale Disparitäten geprägten) Länder begleitet wurde. Insgesamt waren dabei in der Regionalentwicklung in den neuen Mitgliedstaaten im letzten Jahrzehnt in erster Linie die Hauptstadtregionen bevorzugt. Da sie bereits im Jahr 2000 durch ein deutlich besseres Entwicklungsniveau geprägt waren als der Rest der Länder, führte dies zu steigenden regionalen Unterschieden. In zweiter Linie waren aber auch die Grenzregionen bevorzugt, da in der gesamten Region ein deutliches West-Ost-Gefälle besteht, wobei allerdings nicht alle unmittelbaren Grenzregionen der neuen Mitgliedstaaten über den gesamten Zeitraum bevorzugt waren. Insbesondere in Westtransdanubien war die Entwicklung bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise durch ein langsames Wachstum und steigende Arbeitslosigkeit geprägt.

Trotz der erheblichen Konvergenzprozesse in der Region bestehen aber immer noch die Einkommens- und auch Lohnunterschiede zwischen den Grenzregionen der Nachbarländer Österreichs und den österreichischen Grenzregionen. So lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftpari-

täten vor der Krise in den meisten unmittelbaren Grenzregionen der neuen Mitgliedsländer zwischen 75,4% (Westtransdanubien) und 81,3% (Westslowakei) des burgenländischen Niveaus und 37,7% und 40,7% des Wiener Niveaus und selbst in Bratislava (als der Region mit dem höchsten Lohnniveau in der unmittelbaren Grenzregion der neuen Mitgliedstaaten) lagen die Löhne zu Wechselkursen 2006 bei 38,9% des Burgenlandes, jene zu Kaufkraftparitäten aber bereits bei 74,1%.

Während somit auf gesamtwirtschaftlicher Ebene – bei aller Heterogenität der Entwicklung einzelner Regionen – im letzten Jahrzehnt von einer Angleichung der wirtschaftlichen Rahmenbedingung gesprochen werden kann, gilt dies strukturell kaum. Insgesamt sind die Nuts 2-Regionen der neuen Mitgliedsländer – mit Ausnahme der Hauptstädte – durchwegs als nur wenig tertiärisierte Industrieregionen zu bezeichnen, die in den letzten Jahren auch eine zunehmende Industrialisierung erfuhren. Dadurch unterscheiden sich diese Regionen in ihrer Struktur deutlich von jenen Österreichs, wobei diese strukturellen Unterschiede in den letzten Jahren sogar noch zunahmen, was auf eine zunehmende Spezialisierung der Regionen innerhalb der Teilräume der hier analysierten Länder hindeutet.

Für die gesamte hier analysierte Region (inklusive Österreichs) gilt allerdings, dass sie in ihrer Humankapitalstruktur vor allem durch einen hohen Anteil an Personen mit einem mittleren und einen niedrigen Anteil mit geringen aber auch hohen Bildungsabschlüssen auffällt. Allerdings finden sich auch hier im Hinblick auf die Forschungs- und Technologieorientierung einige Vorteile für die österreichische Industrie. Dies deutet somit darauf hin, dass die gemeinsamen komparativen Vorteile der hier untersuchten Länder auf einer gut ausgebildeten Industriearbeiterschaft beruhen, während bei "moderneren" Standortfaktoren wie z.B. Forschung und Entwicklung immer noch Defizite bestehen.

5.2 Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Kurz- bis mittelfristig wird die wirtschaftspolitische Herausforderung in den neuen Mitgliedstaaten daher vor allem darin bestehen, in Zeiten einer angespannten Finanzlage einer Verfestigung der gestiegenen Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Langfristig wird hierzu noch die Frage der Nachhaltigkeit des Aufholprozesses auftreten. Hier stellt sich zum einen die Frage, ob die wirtschaftspolitischen Strategien dieser Länder, die in starkem Ausmaß auf ausländische Direktinvestitionen abzielten, im Angesicht steigender Löhne durchhaltbar sind, oder ob ein Strategiewechsel zur Betonung der endogenen Entwicklungspotentiale der Region angestrebt werden muss, wobei diese Frage nicht unabhängig davon ist, ob die Mittel der Kohäsionspolitik, die diese Länder gegenwärtig in ihrem Aufholprozess unterstützen, auch in Zukunft (nach dem Jahr 2013) zur Verfügung stehen werden.

Abgesehen von den offensichtlichen Herausforderungen, die die steigenden regionalen Disparitäten innerhalb der Länder an die nationale Regionalpolitik stellen, wird der Konvergenzprozess, dem die hier untersuchte Region unterliegt, mittel- bis langfristig wohl auch die komparativen Vorteile der Region verändern. Gegenwärtig kann zwar nach wie vor argumentiert werden, dass diese Region die Standortvorteile hochentwickelter Marktwirtschaften und

rasch wachsender Niedriglohnstandorte auf kleinem Raum vereint, was insbesondere Klein- und Mittelbetrieben, Möglichkeiten der funktionalen Spezialisierung eröffnet. Mit der fortschreitenden Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus innerhalb der Region, wird dieser Standortvorteil allerdings zunehmend erodieren, während klassische Standortfaktoren hochentwickelter Marktwirtschaften (wie das Bildungsniveau der Bevölkerung und Forschung und Entwicklung) zunehmend an Bedeutung gewinnen sollten. Gerade dieser Bereich (der modernen Standortfaktoren) bietet sich dabei auch für grenzüberschreitende Kooperationen an. So könnte zum Beispiel daran gedacht werden grenzüberschreitende Forschungs Kooperationen und auch die Integration und Kooperation in europäischen Forschungsprogrammen stärker zu fördern, nationale Forschungsförderungsprogramme stärker zu koordinieren und den Austausch von WissenschaftlerInnen, StudentInnen und SchülerInnen zu unterstützen.

Neben der Innovationspolitik bietet in den hier analysierten Regionen auch eine engere Koordination sektoraler Politiken einen Ansatzpunkt für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Ein Beispiel hierfür ist die Automobilindustrie, in der sich in den letzten Jahren eine Reihe von Produzenten in den an Österreich grenzenden Regionen angesiedelt haben, sodass hier ein grenzüberschreitender Cluster von europäischer Bedeutung entstanden ist. Andere Beispiele hierfür sind aber auch der Tourismus, der in vielen ländlichen Grenzregionen ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor ist, und in dem viele Grenzregionen der neuen Mitgliedstaaten eine ähnliche Spezialisierung (z.B. im Bereich des Wellness Tourismus) wie die an sie grenzenden österreichischen Regionen aufweisen, oder auch der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen, der vor allem in den städtischen Grenzregionen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

Schlussendlich bieten sich auch in der Arbeitsmarktpolitik eine Reihe von gemeinsamen Ansatzpunkten an. Hier könnte zum einen darauf hingearbeitet werden die Attraktivität der grenzüberschreitenden Arbeitskräftevermittlung zu erhöhen. Zum anderen wird es aber hier auch darum gehen bestehende Bildungsabschlüsse zwischen den Regionen vergleichbarer zu machen und die gegenseitige Anerkennung dieser Abschlüsse auch weiterhin zu verbessern, um den zuwandernden Arbeitskräften die Suche nach einem, ihren Qualifikationen entsprechenden, Arbeitsplatz zu erleichtern, und einer Überqualifikation dieser Arbeitskräfte entgegen zu wirken.

Aus migrationspolitischer Perspektive zeigen die Ergebnisse dieser Studie aber auch, dass es während der Geltungsdauer der Übergangfristen zu einem Rückgang der regionalen Disparitäten zwischen den neuen Mitgliedsländern und Österreich gekommen ist, was zu einer Reduktion der ökonomischen Anreize zur Migration beigetragen haben sollte. Zudem impliziert die bevorzugte Stellung der Grenzregionen innerhalb der neuen Mitgliedstaaten, dass die regionalen Unterschiede zwischen den Grenzregionen der neuen Mitgliedstaaten und Österreich geringer sind als zwischen den Ländern. Als spektakuläres Beispiel kann hier die Stadt Bratislava dienen, deren BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten 2007 nur mehr unwesentlich (um

€ 700) unter jenem Wiens lag. Diese geringeren regionalen Unterschiede relativieren somit übertriebene Besorgnis hinsichtlich möglicher grenzüberschreitender PendlerInnenströme.

Andrerseits zeigt sich aber auch, dass die Einkommens-, besonders aber die Lohnunterschiede zu Wechselkursen zwischen den Grenzregionen der Nachbarländer Österreichs und den österreichischen Grenzregionen außerhalb Bratislavas immer noch hoch sind und in einigen Teilregionen der unmittelbaren Grenzregion (insbesondere in Ungarn) die wirtschaftliche Entwicklung nicht sonderlich gut verlief, sodass in der Region auch weiterhin mit einem bestehenden Migrationspotential gerechnet werden muss. Die Ergebnisse hinsichtlich der strukturellen Unterschiede zwischen Österreich und den neuen Mitgliedstaaten deuten aber darauf hin, dass es sich bei diesem Potential zum überwiegenden Teil um eine gut gebildete Facharbeiterschaft handeln sollte.

Literaturhinweise

- Breuss, F., Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung. Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich, WIFO Working Papers, 2006, (270).
- Ferragina, A. M.; Pastore, F. (2008), Mind the GAP: Unemployment in the New EU Regions, *Journal of Economic Surveys*, 22(1), S. 73-113.
- Huber, P., FAMO I: Wirtschaftliche Entwicklung in der CENTROPE-Region seit der EU-Erweiterung, WIFO, November 2009.
- Huber, P., Regional Labour Market Developments in Transition: A Survey of the Empirical Literature, *European Journal of Comparative Economics*, 4(2), 2007, S. 263-298.
- Mayerhofer, P., Fritz, O., Pennerstorfer, D., Dritter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens, 2010.
- Nowotny, K., "Migrations- und Pendelpotentiale nach Ende der Übergangsfristen für die Arbeitskräftefreizügigkeit", WIFO, 2011.
- Palme, G., Huber, P., Teilprojekt 3: Regionalwirtschaftliche Entwicklung in den MOEL in (Koord.: Mayerhofer, P., Palme, G.) *Preparity – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung*, WIFO, 2000.
- Pöschl, J., Erholungstendenzen in den MOEL, WIFO-Monatsberichte, Mai 2010, Heft 5/2010.
- Rozmahel, P., CENTROPE-Regional Development Report, Manuskript, Mendeluniversität Brunn, 2011.

Anhang: CENTROPE Nuts 2-Regionen

CZ01	Prag
CZ02	Zentralböhmen
CZ03	Südwesten
CZ04	Nordwesten
CZ05	Nordosten
CZ06	Südosten
CZ07	Zentralmähren
CZ08	Mährisch-Schlesien
HU10	Mittelungarn
HU21	Mitteltransdanubien
HU22	Westtransdanubien
HU23	Südtransdanubien
HU31	Nordungarn
HU32	Nördliche Große Tiefebene
HU33	Südliche Große Tiefebene
AT11	Burgenland
AT12	Niederösterreich
AT13	Wien
AT21	Kärnten
AT22	Steiermark
AT31	Oberösterreich
AT32	Salzburg
AT33	Tirol
AT34	Vorarlberg
SK01	Region Bratislava
SK02	Westslowakei
SK03	Mittelslowakei
SK04	Ostslowakei
CZ	Tschechien
HU	Ungarn
AT	Österreich
SK	Slowakei
	CENTROPE-Region